15 Pfennig.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 13.50, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 78 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 614, 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1580.
Geschäftsstelle: Lützow 1902, 3248, 3394, 7248, 7308, 7338, 7377, 7392, 7600.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.– zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 456. Freitag, 19. September 1919. Morgen-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Der Kampf um Fiume.

Eigene Drahtmeldung.

te. Lugano, 18. September.

In Rom hat, nach einer Meldung des „Secolo", gestern ein Kriegsrat stattgefunden, der sich mit den letzten aus Fiume stammenden Nachrichten befaßte. In Abbazia fand eine militärische Zusammenkunft statt, in der die Belagerung Fiumes beschlossen wurde, und zwar durch Abschneiden der Landverbindungen und durch Blockade von der See aus.

Gegen den von der italienischen Regierung verbreiteten Bericht über die Lage in Fiume erscheint heute eine von dem Kommando d'Annunzios herausgegebene Darstellung, die den amtlichen Bericht kurzerhand als Schwindel bezeichnet. In dieser Darstellung heißt es: Fiume ist blockiert und blockiert seinerseits die Regierungsaktionen. Die Brigade Regina steht gegen Kroatien, Karabinieri halten Sussak besetzt. Sämtliche Brigaden der Besatzungszone stehen auf d'Annunzios' Seite. Eine Brigade kam von sich aus nach Fiume, wurde aber der Regierung Nitti von der Regierung d'Annunzio wieder zugeschickt. Die vier italienischen Kriegsschiffe, die vor Fiume liegen, haben die Flagge der Stadt gehißt und stehen d'Annunzio trotz aller Befehle der Regierung gleichfalls zur Verfügung.

Nach einer Pariser Meldung des „Corriere" wurde erst gestern bekannt, daß die von Tittoni geführte italienische Friedensdelegation nie auf Fiume verzichtet hätte. Wenn dies eher bekannt geworden wäre, so hätte das, meint der Korrespondent, auf die Pläne d'Annunzios zurückgewirkt. Von Wilson wird gesagt, daß er jetzt Gelegenheit habe, einen großen Teil seiner Schuld abzutragen, die er gegenüber dem Vertrauen Europas auf sich geladen habe. Der Pariser Bericht des „Secolo" läßt durchblicken, daß Italien der Zustimmung Englands und Frankreichs sicher sei, auch gegen den Willen Wilsons seine Ansprüche auf Fiume durchführen zu können, wenn die Versorgung des Landes ohne die amerikanische Hilfe gesichert sei. Zu diesem Zweck müsse sich Italien sofort mit seinen europäischen Verbündeten ins Einvernehmen setzen. Auch Rastignac ruft in der „Tribuna" neuerdings Erinnerungen an Wilsons früheres Verhalten wach. Kein Staatsmann habe der Sache des Friedens mehr geschadet als Wilson, und kein bewaffneter Eroberer habe seit dem Untergang der römischen Weltherrschaft soviel Samen der Zwietracht ausgestreut wie er. Der Neapeler „Mattino" bezeichnet es als Unrecht, daß man jetzt vielfach Anklagen gegen das Kabinett Nitti erhebe, das doch nur die von Salandra und Sonnino geschaffene Lage diskontieren müsse. Die Schuld an allem trügen diejenigen, die Italien in den Krieg hineingestoßen und zu einer trotz des Sieges unentrinnbaren wirtschaftlichen Sklaverei verurteilt hätten.

D'Annunzio ist mit seinem Freikorps der unbestrittene Gebieter Fiumes und erwehrt sich bisher mit Erfolg aller Versuche der Regierung, die seinen Befehlen unterstellten Offiziere und Soldaten, sei es durch Milde, sei es durch Drohungen zur Botmäßigkeit zu veranlassen. Wie die italienischen Blätter melden, kreuzt in den istrischen Gewässern eine Flotte, die das meuternde Panzerschiff „Dante Alghieri" abfangen soll. Der Vizeadmiral Millo mußte sich nach einer Unterredung mit D'Annunzio, der ihn mit Festnahme bedrohte, falls er die zu ihm übergegangenen Matrosen zu beeinflussen suchte, auf einem englischen Motorboote an Bord zurückbegeben, wo Sturmtruppen die Bewachung ausüben. In welchem Tone d'Annunzio mit den Regierungsvertretern verkehrt, geht aus einem Brief hervor, den er vorgestern dem Obersten Ronzaglia, dem früheren Generalstabschef der italienischen Besatzungstruppe von Fiume, schickte. Der Brief lautet: „Herr General! Es wird mir gemeldet, daß alle Offiziere, die in Fiume bleiben, um die Ehre Italiens und seines Heeres vor der tollen und niederträchtigen Welt zu bewahren, als Ueberläufer betrachtet werden sollen. Man sagte mir, diese infame Bezeichnung, infam im vollen Sinne des Wortes, rühre von Ihnen her. Sie ist so einer Regierung würdig, deren Knecht und Mitschuldiger Sie sind. Wenn Sie das infame Wort nicht wieder herunterschlucken, werde ich Sie vor der Nation und der Welt brandmarken, wie Sie es verdienen. Das verspreche ich Ihnen. Sie sind gewarnt; Italien ist mit uns, das ganze Italien. Der Feind steht um Fiume, das ich bis zum letzten Augenblick verteidigen werde mit allen Mitteln — hier die Wahrheit, dort die Lüge."

In noch schwülstigerem Stil ist der Ausspruch gehalten, den d'Annunzio an die italienische Nation gerichtet hat, in dem er sie auffordert, sich der Sonne von Fiume, dem einzigen makellosen Licht in der Welt, zuzuwenden. Die Regierung setzt ihre Hoffnung auf das Aushungern des Freikorps, das jedoch angeblich Lebensmittel für einen Monat und Munition für ein Vierteljahr hat.

König Nikita über die Zukunft Montenegros.

S. Haag, 18. September. (Eigene Drahtmeldung.) König Nikita von Montenegro hat einem Vertreter der „United Preß" ein Interview gewährt, in dem er erklärte, daß er keinen Ehrgeiz habe, den Thron Montenegros sich zu erhalten; er werde aber auch keinen Verzicht leisten, bevor nicht dem zu Boden getretenen Volk die Möglichkeit gegeben worden sei, über seine eigene Zukunft zu entscheiden, gleichgültig, ob es nun eine monarchistische oder eine demokratische Regierung wolle. Es sei ihm unbegreiflich, warum die Friedenskonferenz Montenegro so schlecht behandelt habe. Seit dem Mittelalter sei Montenegro ein souveräner Staat gewesen. Der König appellierte schließlich an Amerika, das über das Los Montenegros zu entscheiden hätte.

*

Versailles, 17. September. Der Prinzregent von Serbien hat im Hinblick auf die Schwierigkeiten, die durch die Bestimmungen über die Minoritäten entstanden sind, die beiden Friedensdelegierten Paschitsch und Trumbitsch nach Belgrad zurückberufen, um sich mit ihnen zu besprechen. Während ihrer Abwesenheit werden sie in Paris durch den serbischen Gesandten Wesnitsch vertreten.

Die Antwortnote übergeben.

Bevorstehende Veröffentlichung.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist die Antwortnote der Reichsregierung an den Verband, betreffend den Artikel 61 der Reichsverfassung, gestern abend durch den Führer der deutschen Delegation, Freiherrn von Lersner, in Paris übergeben worden. Die Veröffentlichung der Antwortnote wird erst jetzt, nachdem sie überreicht worden ist, erfolgen; sie dürfte noch im Laufe des heutigen Tages zu erwarten sein.

*

A. Zürich, 18. September. (Eigene Drahtmeldung.) Erst nach und nach äußern einzelne französische Blätter ihr schmerzliches Bedauern über die, wie sie sagen, Kapitulation des Obersten Rates in der Frage des Anschlusses Oesterreichs. Der offiziöse „Homme Libre" sucht zwar den Mißerfolg der Scharfmacherpolitik der französischen Konferenzdelegation zu verschleiern, indem er erklärt, den deutschen Absichten, den Friedensvertrag als einen Fetzen Papier zu behandeln, sei ein Ende bereitet. Der „Temps" spricht unverblümt von einer Rückzugskanonade, die die zweite Note darstelle. Die Entente protestiere wohl gegen den den Anschluß an Deutschland vorsehenden Verfassungsartikel, aber die fraglichen Bestimmungen seien eben doch nicht auf regulärem Wege ausgemerzt, sondern sie stünden weiterhin wie eine Siegestrophäe in der deutschen Verfassung. Das Blatt befürchtet von der Nachgiebigkeit des Obersten Rates die schlimmsten Folgen, wenn es sich einmal um die Räumung Oberschlesiens oder des Gebietes von Allenstein oder anderen Fragen handele. Die Befürchtungen seien um so berechtigter, als in der deutschen Verfassung einige Artikel den Bestimmungen des Friedensvertrags widersprechen, so die Bestimmungen über die Schiffahrt auf der Elbe und der Oder.

Die Verbandsvorschläge über Oberschlesien.

Schlesische Blätter vermuten auf Grund von polnischen Presseberichten, daß das Wolffsche Telegraphenbureau aus den Ententevorschlägen betreffend Oberschlesien, die der Reichsregierung mit einer Note überreicht worden waren, nur das veröffentlicht habe, was gegen Polen vermerkt ist, nicht aber angebliche Vorwürfe an die Adresse der Reichsregierung. Insbesondere wollen die polnischen Blätter wissen, daß die Reichsregierung die Verpflichtung übernehmen sollte, die während der Unruhen ums Leben gekommenen Polen, ebenso die Verwundeten und Ausgewiesenen zu entschädigen. Hierüber ließe die deutsche Regierung nichts verlauten.

Wie uns von zuständiger Stelle hierzu mitgeteilt wird, enthält die Veröffentlichung des Wolffschen Telegraphenbureaus den für beide Teile wesentlichen Inhalt der Verbandsvorschläge, so u. a., wie gemeldet wurde, die Aufforderung an Deutschland, eine allgemeine Amnestie für alle Personen zu erlassen, die sich nicht gemeiner Verbrechen und Vergehen schuldig gemacht haben, auch die Rückkehrerlaubnis für alle Flüchtlinge. Von einer Entschädigungsverpflichtung deutscherseits ist aber nicht die Rede. Die durchaus objektiven Ausführungen des Verbandes betonen die Notwendigkeit, daß weitere Opfer an Blut und Gut in Zukunft vermieden werden.

Der bulgarische Friedensvertrag.

Drahtmeldung.

Versailles, 18. September.

Nach „Homme Libre" enthält der bulgarische Friedensvertrag folgende Bestimmungen:

Die allgemeine Wehrpflicht wird abgeschafft. Bulgarien darf eine Polizeitruppe von 20000 Mann unterhalten. Die Zahl der Zollbeamten, Wald- und Feldhüter sowie der Polizisten, die bewaffnet sein dürfen, darf zehntausend nicht übersteigen. Bulgarien hat in einem Zeitraum von höchstens 37 Jahren eine Kriegsentschädigung von zweieinviertel Milliarden Francs zu bezahlen. Es muß einer interalliierten Kommission gestatten, nach allen Angehörigen der alliierten Länder zu suchen, die sich noch in Bulgarien aufhalten. Diese Kommission setzt sich zusammen aus Vertretern von England, Frankreich, Italien, Griechenland, Rumänien und Serbien. Bulgarien muß sich auch verpflichten, alle die Personen auszuliefern, die sich gegen die Kriegsgesetze vergangen haben. Zur Beantwortung des Friedensvertrages wird nach einigen Blättern eine Frist von zwanzig Tagen gewährt.

Die Friedensverhandlungen mit Ungarn.

P. Wien, 18. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Freie Presse" meldet: In Ententekreisen gewinnt die Auffassung Oberhand, daß es nötig sein wird, endlich die Friedensverhandlungen mit Ungarn einzuleiten, und daß die Möglichkeit hierfür dort gesucht wird, wo die Vertretung der Volksmehrheit es geboten erscheinen läßt. Man hat den Eindruck gewonnen, daß Minister Friedrich im Falle einer Rekonstruktion, die die Mängel des jetzigen Kabinetts beseitigt, über diese Mehrheit verfügen könne. Unter diesem Gesichtspunkt könnten Verhandlungen mit Friedrich aufgenommen werden.

Die Ratifizierung durch Frankreich.

R. Basel, 18. September. (Eigene Drahtmeldung.) Dem „Petit Journal" zufolge wird in französischen Parlamentskreisen versichert, daß die Kammer am Freitag oder spätestens Sonnabend in einer Nachtsitzung den Friedensvertrag ratifizieren wird. Clemenceau wird am Freitag seine große Rede halten.

Uebersiedlung der Friedenskonferenz nach London?

A. Zürich, 18. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die Arbeiten der Friedenskonferenz scheinen sich tatsächlich ihrem Ende zu nähern. Nach einer Londoner Tempsmeldung wird die Konferenz nur noch wenige Sitzungen abhalten, die zudem nicht mehr in Paris sondern in London stattfinden sollen. Die Uebersiedlung dürfte im Laufe der nächsten Woche geschehen.

Kein Ultimatum an Japan.

Nach japanischen Zeitungsberichten hat Amerika Japan anheimgestellt, Kiautschou innerhalb einer bestimmten Frist zu räumen. In der deutschen Presse wird vielfach diese Aufforderung der Vereinigten Staaten als ein Ultimatum Japan gegenüber gedeutet. Diese Auslegung muß aber als eine Kombination bezeichnet werden, da die amerikanische Anfrage sich aus der natürlichen Lage der Dinge ergibt und erklärt, und da Gründe kaum vorliegen, die der amerikanischen Forderung eine über ihren Selbstzweck hinausgehende politische Bedeutung verleihen.

Richtig ist, daß die parlamentarische Opposition im Kongreß sowohl wie im Senat seit den Friedensverhandlungen warmes Interesse für China zeigt. Richtig ist auch, daß dieses Eintreten für China die seit Jahren bestehende Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und Japan zeitweise verstärkt hat. Aber wohl nicht ganz zu Unrecht hat die Wilson-Presse jetzt wiederholt darauf hingewiesen, daß die Herren der Opposition ihr warmes Herz für China etwas plötzlich entdeckt haben. Der Nachweis und die fortwährend wiederholte Betonung, daß China im Friedensvertrage vergewaltigt worden ist, ist für die Opposition ein willkommenes Mittel, Wilson daran zu erinnern, daß der Weltfriedensvertrag in wesentlichen Teilen den vom Präsidenten aufgestellten Grundsätzen nicht entspricht, und damit des Präsidenten Stellung in der Frage des Friedensvertrages sowie in der Gesamtpolitik anzugreifen. Eine gewisse Verschärfung der Beziehungen zu Japan wird dabei mit in Kauf genommen; denn man weiß sehr wohl, daß in einem etwaigen Konflikt zwischen Amerika und Japan in der chinesischen Frage Japan nicht gegen Amerika allein, sondern auch gegen China stehen würde. Japan ist aber — das hat sich im Weltkriege gezeigt — als kriegführendes Land auf China als Hinterland angewiesen, ohne dessen Rohstoffe es nicht kriegsfähig ist oder kaum kriegsfähig ist, besonders auch deshalb, weil es nicht die Kohle hätte, um seine mächtige Flotte ausfahren zu lassen. Es ist kein neues Charakteristikum der amerikanischen auswärtigen Politik, daß dem Schein nach bedrohliche Konflikte, deren Entladung immer demnächst bevorzustehen scheint, sich unausgetragen durch Jahre hinschleppen. Man braucht nur an den ewigen Streit mit Mexiko zu denken, der schon vor dem Kriege die amerikanische öffentliche Meinung und darüber hinaus zeitweise die Welt in Atem hielt, der aber heute noch unverändert und so unentschieden ist, wie jemals. So kann auch von einer besonderen Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und Japan zurzeit nicht die Rede sein, und es dürfte nicht der Lage entsprechen, in der Kiautschou-Angelegenheit von einem Ultimatum zu sprechen.

Die Forderung Amerikas an Japan, eine Frist anzugeben, innerhalb deren es Kiautschou zu räumen gedenkt, erklärt sich vielmehr ganz natürlich, wenn man die Verhandlungen der letzten Monate verfolgt, historisch. Als Japan das Recht und die sittliche Möglichkeit bestritten wurde, Schantung besetzt zu halten, suchte es den Ausweg in der Argumentierung, daß diese Besetzung keine politisch-peremptorische sei, sondern vielmehr nur eine Zweckmäßigkeitsmaßnahme, um auf die Dauer jenes Gebiet aus dem deutschen Vertragsverhältnis heraus unter die chinesische Souveränität zurückzuführen. Japan suchte Amerika darzutun, daß China unter dem vorläufigen japanischen Protektorat der Provinz Schantung besser gestellt sei als unter dem bisherigen Pachtvertragsverhältnis mit Deutschland. Deutschlands Pachtvertrag sei auf lange Zeit, der praktischen Bedeutung nach, unbefristet gewesen. Sie selbst, die Japaner, wollten Schantung und Kiautschou an China zurückgeben, sobald die Verhältnisse es gestatteten. In der Anfrage Amerikas, wann die Rückgabe erfolgen soll, mag eine feine Ironie liegen, der Wunsch, dem großen Nebenbuhler zu zeigen, daß man durchaus gesonnen ist, ihn beim Wort zu nehmen, weiter die Betonung amerikanischen Prestiges, ein Zugeständnis des Präsidenten endlich an die Opposition — aber es handelt sich nur um eine normale Démarche in der Regelung einer schwebenden Frage, kaum um ein Ultimatum, aus dem ein neuer Weltenbrand entstehen könnte.

H. Kr.

Die Heimkehr der Gefangenen aus England.

nn. Hamburg, 18. September. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die Marineschiffsbesichtigungskommission mitteilt, werden in den nächsten Tagen mehrere Dampfer von Hamburg nach England fahren, um von dort Kriegsgefangene abzuholen. Der erste Dampfer wird am Sonnabend früh den hiesigen Hafen verlassen. Die Marineschiffsbesichtigungskommission bittet daher, die Tageszeitungen der letzten Tage und illustrierte Blätter in möglichst großer Menge zur Verfügung zu stellen, damit die Kriegsgefangenen deutsche Zeitungen auf den Dampfern vorfinden. Propagandaschriften irgend welcher Art werden abgelehnt.

Gestern wurden 1117 Kriegsgefangene über Aln-Deutz nach Alten-Grabow befördert, ferner ein Lazarettzug und ein Transport mit zusammen 1499 Mann nach Meschede und ein Transport von 1300 Gefangenen nach Göppingen geleitet. Für heute werden ein Transport von 1450 Mann nach Wetzlar, ein solcher von 1300 Mann nach Gießen und von voraussichtlich 1200 Mann über Limburg erwartet.

„Danzig, die Messe-Stadt des Ostens."

Von

Oberbürgermeister Sahm-Danzig.

Der Kriegsausgang mit seinen für unser Vaterland so unheilvollen Folgen hat der Stadt Danzig eine Sonderstellung zugewiesen. Gegen den Willen ihrer Bevölkerung wird sie vom Deutschen Reiche getrennt und mit dem angrenzenden Gebiet zu einer Freien Stadt erklärt; sie ist es schon einmal gewesen vor etwas mehr als 100 Jahren, von 1807—1813. Auf der städtischen Verwaltung und auf dem Wirtschaftsleben der ganzen Stadt lastet die quälende Ungewißheit, wie sich ihr künftiges Schicksal gestalten wird, denn die Friedensbedingungen sind gar unklar und lückenhaft. Vieles bedarf der Auslegung, vieles wieder ist in die Hand des Völkerbundes, der alliierten Hauptmächte und des von ihnen zu entsendenden Oberkommissars gelegt. Es steht noch nicht einmal fest, wann die Konstituierung der Freien Stadt erfolgen wird und welcher Nation der Oberkommissar angehören wird, von dessen Person und Entscheidung so viel abhängen wird. Danzig erwartet von dem Oberkommissar in erster Linie Gerechtigkeit, dann werden alle die recht behalten, welche der Stadt Danzig und namentlich ihrem wirtschaftlichen Leben einen großen Aufschwung prophezeien.

Groß ist die Zahl der deutschen und auswärtigen Firmen, welche die Zukunft Danzigs optimistisch anschauen und deshalb schon jetzt in Danzig Handelsniederlassungen gegründet haben oder Möglichkeiten für die Errichtung industrieller Betriebe schaffen. Die Bürger Danzigs selber wissen noch nicht, ob sie sich auf die Seite der Optimisten stellen sollen, oder ob sie das Schicksal ihrer Vaterstadt pessimistisch beurteilen sollen. Die städtische Verwaltung hat die Pflicht, keines von beiden zu tun, sondern alle die Umstände ins Auge zu fassen, die sich aus der Umgestaltung für Danzig und seine Zukunft nach der guten oder der schlechten Seite hin ergeben. Gouverner c'est préparer. Das Schlechte pflegt ja meist von allein zu kommen, das Gute muß man heranzuziehen suchen. Das gilt auch für den Gedanken, Danzig zur Messestadt des Ostens zu machen. Schon kurz vor dem Kriege beschäftigte man sich in Danzigs amtlichen und privaten Kreisen, eine offizielle Danziger Messe zu veranstalten. Doch hielt man damals den Gedanken wohl noch nicht für spruchreif, und man dürfte richtig geurteilt haben. Doch jetzt nach dem Kriege und in Auswirkung der Bedingungen des Friedensvertrags ist die Sachlage eine veränderte geworden. Dem Wagemut und der Initiative des Privatunternehmers, des Kaufmanns, blieb es vorbehalten, vorsichtig die Fühler auszustrecken, ob der Boden in Danzig für die Veranstaltung einer Messe jetzt geeigneter wäre als vor dem Kriege.

Von geschäftskundiger Seite wurde im Frühjahr dieses Jahres ein kleinerer Messeversuch unternommen, dem dann im August ein größerer folgte. Der Einkäuferverband Osten veranstaltete Textilmessen, deren letzte einen geradezu durchschlagenden Erfolg hatte. Die Zahl der Besucher wird von der Messeleitung auf 5384 angegeben, die der Aussteller auf 265, und 160 weitere Gesuche mußten aus Mangel an Platz zurückgewiesen werden. Der Umsatz wird auf 10 000 000 ℳ geschätzt; über 5000 Einkäufer kamen aus allen Provinzen des Ostens, aus Schlesien, aus Polen, aus Warschau, aus Lodz. Der ganze Aufbau der Messe und ihre Durchführung hat allgemein einen vorzüglichen Eindruck gemacht. Magistrat und Kaufmannschaft haben Plan und Erfolg sorgfältig beobachtet und halten übereinstimmend jetzt die Zeit für gekommen, den alten Gedanken, Danzig zur Messestadt des Ostens zu machen, wieder aufzunehmen und damit Danzig als Messestadt die Stellung zu geben, die es einst schon vor Jahrhunderten gehabt hat. Unsere Zeit hat wenig Sinn für das Historische, und so habe ich mit meinem Vorschlag, für den kommenden Freistaat den Namen „Freie und Hansestadt Danzig" zu wählen, in dem Vorbereitenden Ausschuß für den Entwurf einer Verfassung zunächst noch keine Gegenliebe gefunden. Und doch täte gerade Danzig gut daran, an alte Traditionen anzuknüpfen. Doch hierüber vielleicht ein anderes mal noch etwas Näheres. Für die Messe liegt jedenfalls die Anknüpfung an die frühere glanzvolle Zeit der alten Hansestadt besonders nahe. Denn dem Handel Danzigs werden durch die veränderte politische und wirtschaftliche Lage der Freien Stadt künftig ähnliche Wege gewiesen werden, wie sie vor Jahrhunderten bestanden haben. Danzig ist bereits einmal Messestadt des Ostens gewesen. Jahrhunderte hindurch hatte der Danziger „Dominik" einen Ruf, der hinter dem anderer Messestädte nicht zurückstand. Nach Danzig zog der deutsche, polnische und russische Kaufmann in beschwerlicher Wagenfahrt mit seinen Waren, und noch heute wird alljährlich am 5. August der Danziger Dominik — allerdings nur ein ganz schlichter Abglanz jener früheren Herrlichkeit — durch die hellklingenden, wundervollen Glockenspiele der Danziger Kirchen eingeläutet. Man ist es von den Danzigern gewöhnt, daß sie nicht mit geschlossenen Augen in eine Sache hineingehen, sondern nur nach reiflicher Erwägung, getreu dem alten Wahlspruch der Stadt: „Nec temere, nec timide."

So ist es auch jetzt gewesen bei der Prüfung der Frage, ob eine Messe wieder stattfinden soll. Das Für und Wider wurde reiflich abgewogen. Doch von dem Wider war bei all den Beratungen wenig zu hören; alle maßgebenden Instanzen hatten nur ein kraftvolles Eintreten für die sofortige Ausführung des Gedankens. Carpe diem! Man soll die Gelegenheit nicht verpassen, sondern beim Schopfe fassen. Und die Gelegenheit ist da, sie ist günstig im allgemeinen für die Veranstaltung einer Messe und im besonderen für Danzig, und noch viele Jahre hindurch wird die Nachfrage nach Waren das Angebot übersteigen, der Warenhunger ist groß in Deutschland und noch größer vielleicht in Polen und den angrenzenden Teilen des ehemaligen russischen Reiches.

Der Fabrikant und die Großhandelsfirma braucht heute nicht mehr wie einst die Kunden durch Reisende aufsuchen zu lassen, er hat es einfach nicht nötig, die fast unerschwinglich zu nennenden Reisekosten und Reisespesen aufzuwenden, der Käufer kommt gerne von selbst und ist dankbar und froh, wenn er überhaupt die bestellten Waren erhält. Der kleine Kaufmann spürt hier am eigenen Leibe, was täglich bei ihm die Verbraucher erfahren, die da höflich und freundlich darum bitten müssen, ihnen nur Waren zu verabfolgen. Aus allen diesen

Gründen ist eine Messe, wie auch die riesenhaften Erfolge von Leipzig zeigen, heute ein Gebot der Stunde. Und der Osten bedarf einer besonderen Veranstaltung, auch schon deshalb, weil Leipzig zu weit entfernt liegt und sich noch nicht übersehen läßt, wie die Zollverhältnisse sich gestalten werden. Für den Osten aber ist Danzig der natürliche Messeplatz in geographischer Lage, und die Bestimmungen des Friedensvertrages weisen darauf hin, daß Danzig das natürliche Einfallstor für den Handel der ganzen Welt mit dem Osten ist, insbesondere mit Polen, dem natürlichen Hinterlande von Danzig, und mit den an Polen grenzenden ausgedehnten Länderstrecken, die alle infolge der Einwirkungen des Krieges in dem Bezug von Waren lange gehemmt sind. Im Osten ist der Krieg sowohl durch deutsche wie durch polnische und weite russische Gebiete mit seinen furchtbaren Verheerungen gezogen. Es wird der Anspannung aller verfügbaren Kräfte bedürfen, um hier wieder aufzurichten, was noch lebensfähig ist. Und deshalb wird der Bedarf an Waren aller Art, die irgendwie und irgendwo erzeugt werden, gerade im Osten besonders groß sein, zumal hier die industrielle Entwicklung noch nicht den Umfang angenommen hat, wie es im Westen der Fall ist. Naturgemäß denken wir bei den Plänen für die Danziger Messe auch an das Ausland. Wir haben schon jetzt Anzeichen dafür, daß das internationale Kapital und die internationale Unternehmungslust sich gerade Danzig als Wirkungsfeld ausersehen haben. Schon jetzt haben sich ausländische Gesellschaften Grund und Boden in Danzig gesichert und beginnen durch ihre eigenen Vertreter oder mit Hilfsstellung der sach- und fachkundigen Danziger die neuen Geschäftsverbindungen nach dem Osten anzuknüpfen. Ausländische Dampfergesellschaften haben sich bereits auf die Linie über die Ostsee nach Danzig eingestellt, regelmäßige Fahrten von Danzig nach den nordischen Plätzen und nach Häfen, zu denen man nur durch die Nordsee gelangen kann, sind bereits gesichert.

Diese Entwicklung klopft kraftvoll an die Danziger Tore. Trotz trüber Gegenwart sind die Anzeichen für die Zukunft glückhaft, und vielleicht wird noch einmal wieder der Spruch Bedeutung haben, den einst vor Jahrhunderten mit goldenen Lettern die Väter der Stadt in der Diele ihres herrlichen Rathauses anbringen ließen:

„Ante alias Felix, quas Prussia continet urbis
Exsuperans Gedanum nobile nomen habet."

Rücktrittsabsichten Lloyd Georges.

S. **Haag**, 18. September. (Eigene Drahtmeldung.) Bottomley teilt in der neuesten Nummer des „John Bull" mit, daß Lloyd George bei der Rekonstruktion seiner Regierung auf so viel Schwierigkeiten stoße, daß er den König bitten will, ihn seines Postens zu entheben.

London, 17. September. Lloyd George hat am abend in City Temple in einer gedrängt vollen Sitzung des Internationalen Brüderschaftskongresses eine Rede gehalten in der er sagte:

Die alte Ordnung sei mit dem deutschen Heer, das die Welt bedrohte, für immer hinweggegangen. Durch den Abgang der Hohenzollern, der Habsburger und der Romanows sei die Welt reicher und stärker geworden. Er hoffe, daß alle großen Rüstungen verschwinden werden. Bezüglich des Völkerbundes sagte er, man müsse befürchten, daß das Chaos einander bekämpfender Nationen fortbestehen würde, wenn nicht die Macht der vereinigten Völker der Welt auf dem Frieden bestehe.

Eintreten des Bruderschaftskongresses für Deutschland.

S. **Haag**, 18. September. (Eigene Drahtmeldung.) In London tagt zurzeit der Bruderschaftskongreß, der mit einer Rede Robert Cecils über den Völkerbund eröffnet wurde. Von den Ansprachen, die gehalten wurden, sind besonders bemerkenswert die der Miß Joan Fry, die auf Grund eines Besuches in Deutschland die Wirkungen der englischen Hungerblockade auf die deutsche Jugend in bewegten Worten schilderte. Hervorgehoben zu werden verdient auch die Rede des Präsidenten Dr. Clifford, der die großen Sympathien des Kongresses für das Wohl des deutschen Volkes zum Ausdruck brachte und mitteilte, daß die Bruderschaft sofort ihren Sekretär nach Deutschland senden würde, von dem sie erwarte, daß es ihm gelingen werde, feste und gütliche Beziehungen zwischen dem englischen und dem deutschen Volke zu schaffen. Professor Murray sprach noch für den Anschluß Deutschlands an den Völkerbund.

Joffre in Straßburg.

R. **Basel**, 18. September. (Eigene Drahtmeldung.) Marschall Joffre ist am Mitwoch mit seiner Gemahlin in Straßburg eingetroffen, von wo aus er noch verschiedene andere Städte des Elsaß besuchen wird.

Die internationale Regelung der Arbeit.

Drahtmeldung.

Versailles, 18. September.

In seiner gestrigen Rede in der französischen Kammer erläuterte Arbeitsminister Colliard das dreizehnte Kapitel des Friedensvertrages, das der internationalen Regelung der Arbeit gewidmet ist. Er sagte:

Die fünf industriellen Großmächte hatten die Aufgabe, das internationale Arbeitsstatut auszuarbeiten. Wir konnten aber keine Gesetze für die anderen Staaten machen, und deshalb werden wir uns mit den anderen Ländern demnächst in Washington vereinigen, und wir haben Deutschland hierzu eingeladen. (?) Auch Oesterreich wird in Washington vertreten sein. Die internationale Kommission hat selbstverständlich die Möglichkeit, die bereits getroffenen Bestimmungen abzuändern, aber das, was erreicht ist, bedeutet doch immerhin schon einen sozialen Fortschritt. Diese Bestimmungen sind ausgearbeitet worden mit den Vertretern der großen Vereinigungen der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Gewerkschaften. Sie haben vor allen Dingen die Aufgabe, den sozialen Fortschritt unabhängig zu machen von der Konkurrenz sozial rückständiger Nationen. Um eine ständige Berührung zwischen den einzelnen Völkern aufrechtzuerhalten, ist ein internationales Bureau vorgesehen worden, und außerdem soll ein internationaler Gerichtshof eingesetzt werden. Es muß allerdings zugegeben werden, daß es sich bis jetzt bei den Entscheidungen der Konferenz nur um Wünsche handelt, daß es also Aufgabe der Konferenz in Washington ist, darüber hinauszugehen. Was den Achtstundentag anbetrifft, so erklärte Colliard, daß man behauptet habe, die Frage sei in Frankreich nicht genügend diskutiert worden, und man habe sie unter einem gewissen Druck zur Ausführung gebracht. Das stimme nicht. Die Ausführung stoße natürlich auf Schwierigkeiten, aber die Mehrheit der französischen Industrien habe den Achtstundentag sofort angewandt. Er habe die Produktion nur da vermindert, wo die maschinelle Einrichtung nicht den Notwendigkeiten der betreffenden Industrie entspräche. Aber er habe ja immer empfohlen, man solle die Einrichtungen vervollkommnen. Man sage, in Deutschland arbeite man neun oder zehn Stunden. Der sozialistische Abgeordnete Bressemane ruft dazwischen: Diese Frage ist von Bedeutung! Der Handelsminister Clementel hat ein Plakat anschlagen lassen, in dem gesagt würde, Deutschland wende den Achtstundentag nicht loyal an.

Der Abgeordnete Lazare Weiller, der aus Deutschland zurückgekommen ist, ruft dazwischen: „Frankreich wird düpiert." In Deutschland zerstörten Ausnahmebestimmungen das Ergebnis des Achtstundengesetzes. Bressemane verlangte Aufklärung, was es auf sich habe mit den zwei Ueberstunden, die man in Deutschland fürs Vaterland arbeite. Der Abgeordnete Weiller muß unter schallendem Gelächter der Kammer seine Behauptung zurückziehen, weil er keine Beweise dafür bringen kann.

Der Sozialist Mistral erklärt: Unsere Freunde aus Elsaß-Lothringen haben uns bestätigt, daß die Ausnahmen, die in Deutschland gegenüber dem Achtstundengesetz gemacht werden, nur in den besetzten Gebieten erfolgten und von den französischen militärischen Behörden begünstigt wurden. Der Abgeordnete Oberstleutnant Joffe verlangt Ausnahmen im Interesse des nationalen Wohlstands und im Interesse des Wechselkurses.

Arbeitsminister Colliard fährt fort:

Ich werde das Gesetz anwenden und von Ausnahmen nur im äußersten Fall Gebrauch machen. Ueber die zwei Zusatzstunden in Deutschland habe ich keine genaue Bestätigung. Der Arbeitsminister schließt seine Rede, indem er zugibt, daß der Vertrag hinsichtlich des Arbeiterrechtes Verbesserungen zulasse, die man zu erlangen versuchen werde.

Kolonialminister Simon erklärte, daß die Alliierten bei der Verjagung der Deutschen aus ihren Kolonien gegenüber der mißhandelten Bevölkerung ihre Pflicht als Beschützer erfüllten. Der Minister führte auch den deutschen Kolonialterror (!) an und erinnerte an die Massakers unter den Hereros mit dem Hinzufügen: Ich brauche nicht die deutschen Methoden in den Kolonien hervorzuheben. Es genügt, die Methoden anzusehen, die die Deutschen in den besetzten Gebieten angewandt haben; denn es sind dieselben. (!) Der Minister sagte weiter, daß die großen Landstriche von Togo und Kamerun, die Frankreich erhalte, für Dahome und den Kongo von großem Wert seien. Der Minister machte ferner Ausführungen über die Geschichte der Marokkofrage und die Schwierigkeiten, die Deutschland von 1906 bis 1914 gemacht habe. Das friedliebende Frankreich habe die Frage von Algeciras vor das Haager Schiedsgericht gebracht, sein gutes Recht habe es den Prozeß gewinnen lassen. Die Abkommen zwischen Frankreich und England würden in voller Eintracht eingehalten. Frankreich und seine Kolonien müßten sich heute als einiges Frankreich fühlen. Frankreich müßte den Kolonien größere Autonomie gewähren.

Die Proteste der lothringischen Sozialisten.

Eigene Drahtmeldung.

R. **Basel**, 18. September.

Im Anschluß an die Konferenz der Sozialisten aus dem Ober- und Unterelsaß hielten die Sozialisten Lothringens ebenfalls eine stark besuchte Konferenz ab zur Besprechung der politischen Lage. Diese erklärte sich mit den Vertretern der lothringischen Sozialisten auf dem französischen Nationalkongreß nicht einverstanden, da der Nationalkongreß für die Unterzeichnung des Friedensvertrages gestimmt hat. Die Konferenz warnte vor der Neutralitätsbewegung und befürwortete die Selbstverwaltung Elsaß-Lothringens durch Elsaß-Lothringer im Rahmen der französischen Republik. Sie protestiert gegen die verfehlte Ausweisungspolitik der französischen Regierung, gegen die systematische Unterdrückung der französischen Arbeiterbewegung, gegen die Verhängung des Belagerungszustandes in Oberelsaß und Lothringen und fordert nachdrücklich die Verstaatlichung der Kali-, Erz- und Kohlenbergwerke wie des lothringischen Eisenbahnwesens. Mit Einmütigkeit beschließt die Konferenz die Beibehaltung der unter deutscher Herrschaft vorhanden gewesenen Kreisorganisationen.

Zum Schluß erhebt die Konferenz schärfsten Protest gegen die Mißwirtschaft in der lothringischen Industrie. Es fehle überall, und seit der Besitznahme des Eisenbahnwesens durch die Franzosen herrsche hier eine unbeschreibliche Lotterwirtschaft.

Kl. **Baden-Baden**, 18. September. Die elsässische Presse meldet die Zwangsversetzung von über 120 altelsässischen Oberlehrern höherer Schulen in das Innere Frankreichs. In den beteiligten Kreisen herrsche große Erregung.

Der elsässische Bergwerksstreik.

R. **Basel**, 18. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der Streik in den elsaß-lothringischen Bergwerken nimmt zu. Verschiedene neue Zechen stellten den Betrieb ein. Alle Vermittlungsversuche sind bisher gescheitert.

Die Republikaner verzögern die Debatte.

Haag, 18. September. Wie „Nieuwe Courant" aus Washington meldet, gestaltet sich die Debatte im Senat über den Friedensvertrag erregt. Senator Borah, der eine Rundreise durch Amerika machte, um gegen den Vertrag zu sprechen, wurde zu einer wichtigen Konferenz der Republikaner nach Washington zurückgerufen. Die Republikaner haben die Verhandlungen über den Vertrag dadurch noch mehr verzögert, daß sie die erste Lesung bis zur nächsten Woche hinausschoben. Die Demokraten protestierten heftig und wollten mit Gewalt die Republikaner zu einer schnelleren Aktion bewegen. Senator Sherman nannte Wilson „einen ungekrönten Monarchen über die westliche Halbkugel". Er fügte hinzu, Wilson schände seinen Präsidenteneid dadurch, daß er einer fremden Regierung, deren Hauptstadt Genf sei, Treue schwöre und daß er der erste Präsident des Völkerbundes sein wolle.

Die Arbeiterbewegung in Italien.

A. **Zürich**, 18. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die Arbeiterbewegung in Italien scheint neuerdings wieder aufzuleben. Wie bereits gemeldet, beträgt die Zahl der streikenden Industrie- und Landarbeiter im ganzen Lande ungefähr 400 000. Es ist bisher nicht gelungen, zu einer Einigung zu kommen. Die Streikenden wollen sich nur mit einer sechsstündigen Arbeitsschicht und mit einem Tagelohn von 45 Lire zufriedengeben. Trotz der Bereitwilligkeit der Regierung, die von den Post- und Telegraphenangestellten geforderten Reformen durchzuführen, wurde von diesen Angestellten eine Kundgebung, bestehend in einer einstündigen Unterbrechung der Arbeit, die gestern abend von 6 bis 7 Uhr erfolgte, durchgeführt. Sie bot einen Vorgeschmack für die angedrohte allgemeine Obstruktion im Post- und Telegraphenverkehr. Dem „Avanti" zufolge wird heute nacht in ganz Italien der Post- und Telegraphenangestelltenstreik ausbrechen, falls nicht noch ein verhinderndes Ereignis dazwischenkommt.

Verbot britischer Behörden gegen deutsche Zeitschriften. Nach einer eigenen Meldung aus Köln gibt die dortige britische Behörde bekannt: „Die Einfuhr und demgemäß auch der Verkauf folgender deutscher Blätter im besetzten Gebiet ist verboten: „Jugend", „Simplizissimus", „Kladderadatsch", „Phosphor", München und die „Hilfe"-Berlin sowie fünf französische und eine holländische Zeitschrift.

Die Schweiz und der Völkerbund.

Eigene Drahtmeldung.

A. **Zürich**, 18. September.

Die nationalrätliche Kommission für den Völkerbund beschloß mit 14 gegen 10 Stimmen, entsprechend dem gestrigen Beschluß der verschiedenen Fraktionen dem Nationalrat die Verschiebung der Behandlung der Frage des Eintritts der Schweiz in den Völkerbund vorzuschlagen.

Der Beschluß der radikal-demokratischen Fraktion, zusammen mit der katholisch-konservativen Fraktion, den Antrag auf Verschiebung der Beratung der Völkerbundsfrage im Nationalrat zu stellen, wird von der „Neuen Zürcher Zeitung" als eine sensationelle Meldung in der ganzen Angelegenheit bezeichnet. Die Diskussion innerhalb der Fraktionen habe gezeigt, daß ein großer Teil der Mitglieder der eidgenössischen Räte sich noch nicht zu einer klaren Stellungnahme in der ungeheuren Schicksalsfrage durchgerungen habe. Aus einzelnen deutschschweizerischen Kantonen sei berichtet worden, daß die Bevölkerung zum Teil noch von einem Mißtrauen gegen die im Völkerbund verkörperte Neuorientierung der schweizerischen Außenpolitik erfüllt sei. Was aber besonders eine Verschiebung veranlaßt habe, sei die Unsicherheit, die sich aus dem bisherigen Verhalten einzelner Signatarmächte, wie z. B. der Vereinigten Staaten, ergebe. Angesichts dieser Stimmung seien es gerade die Freunde des Völkerbundes gewesen, die darauf verzichteten, die sofortige Behandlung der Frage im Nationalrat zu verlangen. Auf jeden Fall soll die Beratung im Parlament so frühzeitig erfolgen, daß die vorgeschriebene Frist von zwei Monaten nach Inkrafttreten des Völkerbundes von der Schweiz zur Beantwortung eingehalten werden kann.

Eine gestern abend in Bern abgehaltene Versammlung, die von 700 Personen besucht war, lehnte in einer Entschließung auf das entschiedenste den Eintritt in den Völkerbund ab, da dieser als lebensunfähiges Gebilde die Keime der inneren Zersetzung in sich trage und die Schweiz ihrer Neutralität, ihrer Eigenart und letzten Endes ihrer Existenz berauben werde.

Internationale Vereinigung von Kriegsteilnehmern.

Genf, 18. September. (Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur.) Hier fand Mittwoch abend eine von deutschen, französischen, italienischen, österreichischen, türkischen und serbischen Kriegsteilnehmern besuchte Versammlung statt, die einstimmig der Bildung einer internationalen Verein gung ehemaliger Kriegsteilnehmer zustimmte, die sich die Versöhnung der Völker und den Kampf gegen die Machenschaften des Chauvinismus zum Ziele setzte.

Die Kohlennot in Wien.

P. **Wien**, 18. September. (Eigene Drahtmeldung.) Das Hauptinteresse der Oeffentlichkeit und der heutigen Blätter richtet sich ausschließlich auf die Kohlennot, die durch das Ausbleiben der nötigen Kohlen in Wien entstanden ist. Man hat bekanntlich die schärfsten Maßnahmen, Einstellung des Straßenbahnverkehrs vom Sonntag ab, Sperrung der Gast- und Kaffeehäuser um 8 Uhr usw. ergriffen, doch hofft man, Anfang nächster Woche einige dieser Maßnahmen rückgängig machen zu können. Bekanntlich beruht die Weigerung der Tschechen, genügend Kohlen zu senden, auf der Ablehnung der tschechischen Forderung, Waffen und Munition aus Niederösterreich beziehen zu können zum Kampfe gegen den Bolschewismus. Neuerdings ist der polnisch-tschechische Streit im Ostrau-Karwiner Kohlenrevier dazu gekommen. Die Eisenbahnen werden zu Militärtransporten benutzt und sind für Kohlentransporte nicht frei. Die Tschechen häufen Kohlen auf, um im schlimmsten Falle die tschechische Industrie versorgen zu können. Die Polen haben Wagenmangel, wir können ihnen Wagen stellen, die Tschechen lassen diese aber nicht durch, weil die tschechische Schulfrage in Wien nicht befriedigend gelöst sei.

Jugoslawien und der österreichische Vertrag.

te. **Lugano**, 18. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die Abreise der Pariser jugoslawischen Delegation nach Belgrad scheint nach dem Pariser Vertreter des „Corriere" zu bedeuten, daß Jugoslawien den Friedensvertrag mit Oesterreich nicht unterzeichnen und die Klauseln über den Schutz der Minderheiten nicht annehmen werde. Die gleichzeitige Abreise von Paschitsch und Trumbitsch hängt nach der Ansicht des italienischen Korrespondenten weniger mit den Minderheitsklauseln zusammen als mit den innerpolitischen Zwistigkeiten zwischen der altserbischen und der föderalistischen Richtung.

Doctor marianus.

Von

Wolfgang Goetz.

Es gilt nur, den Beweis zu führen, den ich bei den Kommentatoren nicht fand, und die darum verwirren statt zu klären, daß Doctor marianus kein anderer ist als Faust selbst. Die weiteren Folgerungen seien dem einzelnen überlassen.

Die letzte Szene des II. Teils zerlegt sich klar in drei Abschnitte. Der Anfang bis zum Chor der wieder entlassenen seligen Knaben deutet uns das Leben der Verklärten, in das sich die Mitternachtsgeborenen mischen. Aus dem himmlischen Getümmel heben sich die Patres: drei, wie ehedem die drei Erzengel, denen der gestürzte Himmelssohn Mephistopheles entgegensteht, drei, wie später die heiligen Büßerinnen, zu denen sich una poenitentium, sonst Gretchen genannt, gesellt.

Der zweite Abschnitt wird eingeleitet durch den Chor der Engel, die Faustens Unsterbliches „in der höheren Atmosphäre" schwebend tragen. Wiederum bildet sich eine Dreiheit der Chöre: Die jüngeren Engel, die vollendeteren Engel, die seligen Knaben. Als Gegenspiel ist hier vielleicht an die mater gloriosa zu denken, doch wollen wir nicht in die schematische Sucht verfallen.

Der letzte, dritte Abschnitt beginnt mit dem Chor der Büßerinnen.

Zwischen diesem und dem zweiten stände fremd, losgelöst der Monolog des Doctor marianus. Nehmen wir an, der Doktor sei ein Kirchenvater, etwa der hl. Bernhard, so können wir uns eines leichten Verdrusses nicht erwehren, warum hier am Ende der ungeheuersten aller Tragödien plötzlich ein alter Gottesstreiter auftritt, der, seien wir nur ehrlich, uns nach all den Erschütterungen, die wir durchlebten, höchst gleichgültig sein muß. Wir sind genug mit dem Wort erschreckt worden, der II. Teil sei schwer verständlich, wo doch nur Pracht der Form den Blick von der klaren Betrachtung des Geschehens abirrt, daß uns das verschwommene Dunkel des Namens ärgert, mit dem der Geheimrat diese Gestalt umgibt, anstatt uns zu sagen, mit wem wir es zu tun haben, wie er es sonst doch gewohnt ist. Endlich wird unser Unmut nicht geringer dadurch, daß unser Doctor marianus von allem Himmlischen am himmlischsten jubiliert und freundlich genug ist, so menschlich mit dem Heiligsten selbst zu sprechen. Gewiß können wir uns diese hellen Worte nicht im Munde eines der Patres denken, die krampfig, grübelnd und beschaulich fort und fort nach der göttlichen Liebe trachten; es ist so bequem, mit dieser frisch eingesetzten Figur als einer Schrulle des ermattenden Olympiers sich abzufinden, wenn wir nur nicht besser wüßten, daß dieser Homer am seltensten schlief. Einmal bei diesem fatalen Mittelchen angelangt, dürfen wir getrost fragen, warum nicht der Profundus oder der Seraphikus, deren Bekanntschaft wir doch schon gemacht haben, die nötigen Worte sagt. Plump und platt genug ist freilich ein derartiger Eingriff, aber welche unkünstlerische Komposition mutet man Goethe denn zu, wenn man bedenkt, daß alle, die heranschweben in die lichte Nähe der Gottheit, und deren Kommen uns angekündigt wird, ihre Seligkeit preisen dürfen, und nur der, den wir von der Hölle durch die Welt zum Himmel begleiten durften, bleibt stumm als „Faustens Unsterbliches". Der ganze zweite Abschnitt handelt von Faust, in gepreßter Kürze wird das stärkste crescendo erzeugt. Nach dem Auftakt jener Verse, die nach Goethes Ausspruch den „Schlüssel zu Fausts Rettung enthalten", erzählen die jüngeren Engel mit knabenhaftem Siegesübermut rückblickend vom Kampf mit dem alten Satansmeister. Es ist allerhöchste Kunst, wenn der Gesang der vollendeteren Engel noch einmal in der Mitte der Szene, gleichsam als eine aufs äußerste gemilderte Katastrophe den kaum spürbaren Zweifel bringt, ob es der ewigen Liebe gelingen mag, geeinte Zwienatur zu scheiden. Nun erspüren die lebhafteren jüngeren Engel die seligen Knaben „nebelnd um Felsenhöh", wie sie uns schon die Regiebemerkung am Ende des ersten Abschnitts „um die höchsten Gipfel kreisend" darstellte.

Aus der „höheren Atmosphäre", in die sie einzogen, schweben die Engel jetzt dorthinan und die seligen Knaben empfangen freudig „diesen im Puppenstand".

Löset die Flocken los,
Die ihn umgeben!
Schon ist er schön und groß
Von heiligem Leben.

Wir erinnern uns: es handelt sich um eine Bühnendichtung. Denn wir wollen doch nicht mehr das Märchen glauben, in dieser letzten Szene habe Goethe nicht mehr an das Theater gedacht, Goethe, der das Wort von den auf Tonnen geschichteten Bohlen sprach, dem man lange genug nachsagte, der II. Teil sei ein Buchdrama, bis uns endlich die Augen aufgingen. Darum, mag es der willigsten Phantasie noch so schwer fallen: hier sind Gebärden, hier geschieht. Unsere Spannung ist bis zum äußersten angepeitscht, unsere Augen hängen an jener Felsenhöhe, und nun träte eben dort „in der höchsten, reinlichsten Zelle" nach der üblichen Auffassung der gleichgültige Doctor marianus hervor. Und er gedenkt nicht einmal mit einem Worte Faustens, der just hereingetragen ist, der höchste Lehrer höchster Liebe übergeht, und wäre es mit dem köstlichsten Lobgesange, den Helden, auf den wir noch eben mit gewaltigster dramatischer Wucht hingewiesen wurden. Welches Mißverhältnis: alle werden angekündigt, alle sprechen, nur Faust, auf den alles sich zuspitzt, bleibt stumm! Erst viel später müssen wir uns, betäubt von der Flut der Verse, erinnern, daß Faust auch noch da ist. Wie anders, wenn Faust hier anhebt den Schrei der befreiten Seele, die Lösung der leise schwingenden Dissonanz: „Hier ist die Aussicht frei!" Dieser Doctor marianus — man bemerke: nicht pater — verhält sich zu den Anachoreten, wie Gretchen zu den Büßerinnen, wie Mephistopheles zu den Erzengeln. Der Betäubte, Geblendete tastet sich im neuen Gefilde zurecht. Man habe den Mut zur Banalität und frage sich, wie die Worte aufzufassen sind:

Die Herrliche mittenin
Im Strahlenkranze,
Die Himmelskönigin,
Ich seh's am Glanze,

wenn ein Doctor marianus quidam spricht. Es ist für den heimisch gewordenen Himmelsbewohner eine gewohnte Erscheinung der regina coeli und man kann füglich an der Erschütterung bei dieser erneuten Begegnung zweifeln, wenn wir den heiligen Herrn zunächst ruhig feststellen hören, daß er am Glanze sieht, wer sich naht. Wäre nicht in diesen Worten ahnende Gewißheit und Rausch, Rausch endlicher Erlösung, so müßte uns der Inhalt des entzückten Hymnus ganz faustisch anmuten. Dies ist der amor mysticus, der geeinte Zwienatur sinnlich-übersinnlich löst und bindet. Ich weise nur darauf hin, welche hohe Kunst Faust noch die Flocken des Puppenstands anhaften läßt. Hier ist höchste und letzte Erkenntnis der Liebe.

Blicken wir kurz zurück, so wären nach der üblichen Annahme Faustens letzte Worte das Bekenntnis zu leidenschaftlich-tätigem Streben gewesen:

Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß.

gewißlich köstlichste Krönung eines Werks. Allein wir wissen, hinter diesem letzten, schlechten, leeren Trost grinst die Vernichtung, Neptunen, dem Wasserteufel, ist großer Schmaus bereitet. Und die lange Strecke Wegs, die wir Faust begleiten durften, sahen wir ihn als Kämpfer um die irdische und geistige Liebe. Der Mensch fand keine Lösung, so sehr er auch das Stigma der mater gloriosa auf der Stirne trug, jetzt erst und hier, da er die Synthese beider, die göttliche Liebe, erkennt, findet er Wort und Klarheit.

Endlich ist ohne Faustens Auftreten die ganze Szene nur lose angefügt, da wir ja die tröstliche Gewißheit hegen, daß die Engel seine Seele glücklich weggepascht haben. Man erwidere nicht, daß höchste Poesie dramatische Lockerung entschuldige, denn darauf ist zu erwidern: nur die — leider nicht wenigen —, die nicht sehen wollen oder können, mit welcher Straffheit das Dramatische des II. Teils gepackt ist, sind imstande, Goethe solche Flüchtigkeit anzudichten. Spricht aber Faust, welche königliche, echt goethesche Heiterkeit leuchtet dann hinter solchen Worten; weit über den heiligen Vätern, die in dumpfer Brunst und Inbrunst den amor dei erstreben, steht triumphierend in höchster Glorie Region der Kämpfer, der da ein Mensch gewesen ist.

Was ermutigt weiter die seligen Knaben, zu singen:

Doch dieser hat gelernt
Er wird uns lehren?

Woher käme ihnen das Zutrauen, die stumme Puppe der sie sich „in Kreisbewegung" nähern, zum Lehrer zu wählen, wenn sie nicht Worte hörten; denn daß ihnen Fausts Werdegang bewußt ist, ihnen, die erst durch des Seraphicus Auge sehen lernen, wäre eine lächerliche und unsinnige Annahme.

Wiederum ist auf die szenische Darstellung hinzuweisen, wenn die Knaben sagen:

Er überwächst uns schon
An mächtigen Gliedern,

wiederum, wenn Gretchen ruft:

Er ahnet kaum das frische Leben,
So gleicht er schon der heiligen Schar.
Sieh! wie er jedem Erdenbande
Der alten Hülle sich entrafft
Und aus ätherischem Gewande
Hervortritt erste Jugendkraft.

Faust ist also unbedingt dem Zuschauer sichtbar. Wir hören zu tiefst erschüttert aus den Worten des Doctor Marianus und seines Dichters erste Jugendkraft üppig quellen.

Alles blickt auf Faust. Gottes süßeste Mittlerin öffnet die heiligen Lippen, der irrenden Seele den Weg zur Verklärung zu weisen — und wieder beginnt Doctor Marianus zu sprechen. Allein dieser Parallelismus dürfte genügen die Frage zu entscheiden, wollen wir den Dichter nicht einer nun geradezu unerträglichen Nachlässigkeit zeihen. Goethe, der mit Regiebemerkungen sparsam genug ist, läßt den Doctor Marianus „auf dem Angesicht" anbeten, eine stilvoll-überflüssige Arabeske, hätte nicht Gretchen vorher angedeutet: Noch blendet ihn der neue Tag. So birgt denn Doctor Faust Marianus sein Angesicht selig vor der Gloriole, wie er vor mehr denn einem halben Jahrhundert sich wegwandte vom schrecklichen Gesicht des Erdgeistes, ein reuig zarter, bereit zu seligem Geschick dankend sich umzuarten. Solcher Wandlung bedürfte es nicht bei einem Heiligen, der schon längst im Kreise der Gottheit weilt.

Des Vorgangs zu diesem Maskenspiel fehlt es nicht. Freilich geht es nicht an, daß unter dem Schalle des Chorus mysticus Faustus „Maske und Schleier" zurücklehnt, „um, insofern es nötig wäre, im Epilog das Stück zu kommentieren", wie Phorkyas-Mephisto. Will darum einer fragen, warum uns nicht in einer Klammer gesagt wird, daß Doctor Marianus sonst Faust genannt worden sei, so bedenke er: auch Phorkyas wird im dritten Akt nicht noch einmal ausdrücklich bezeichnet; fast 700 Verse früher, die überdies durch Akt- und Szenenwechsel gedehnt sind, sehen wir Mephisto „als Phorkyas im Profil". Plutus und der Abgemagerte oder der Geiz des Schönbartspiels sind gar nicht verdeutlicht. Wenn una poenitentium vom Dichter mit dem irdischen Namen noch gekennzeichnet wird, so geschieht es mit Recht, denn zwischen dieser Szene und dem letzten Aufschrei im Kerker liegt ein volles fünfaktiges Drama. Und endlich: es bedurfte nicht des Hinweises.

Preußische Landesversammlung.

50. Sitzung vom Donnerstag, den 18. September 1919.

Am Ministertisch: Haenisch, Stegerwald.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min.

Zunächst beschließt das Haus, einen dem Abg. Lichtenstein (U. Soz.) erteilten Ordnungsruf, gegen den er Einspruch erhoben hatte, für berechtigt zu erklären. (Der Abg. Lichtenstein hatte dem Minister „Schiebung" vorgeworfen.)

Eine kleine Anfrage des Abg. Leid (U. Soz.) über die militärische Verhinderung einer Modelltischlerversammlung in Berlin wird durch den Regierungsvertreter mit einem Versehen erklärt. Der Schuldige sei zur Verantwortung gezogen worden. Irgendein Eingriff in das Koalitionsrecht der Arbeiter sei nicht beabsichtigt.

Auf eine kleine Anfrage des Abg. Schmidt-Stettin (D. Nat.) über das Verhalten des Oberpräsidenten von Pommern zu den Spielklubs von Swinemünde erwidert der Vertreter des Ministers des Innern: Der Oberpräsident hat nicht ein Verbot der Spielklubs erlassen, wohl aber das schärfste Vorgehen gegen die Klubs empfohlen. Daraufhin haben die Polizeibehörden das Erforderliche veranlaßt.

Der Abg. Dr. Leidig (D. V.) beschwert sich über die verzögerte Verkündung von Gesetzen und fordert ein Vorgehen gegen die schuldigen Minister wegen Verfassungsbruchs.

Ein Regierungsvertreter erklärt dazu, daß die Verkündung der Gesetze grundsätzlich sofort nach Erledigung der nötigen Formalitäten geschehe. Wenn sich in den genannten Fällen die Verkündung länger verzögert habe, so liege das an der Arbeitsüberhäufung der Ministerien, die dreifach so viel zu bewältigen hätten als früher. Die Regierung erkenne nicht an, daß hier ein Verfassungsbruch vorliege, und sie lehne ein Vorgehen gegen den in Frage kommenden Minister ab.

Die zweite Beratung des Etats wird beim Ministerium für Volkswohlfahrt, dauernde Ausgaben, fortgesetzt.

Abg. Ebersbach (D. Nat.)

begründet seinen Antrag, die Regierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß zur Beschaffung von Baustoffen für Kleinwohnungen die Ziegeleien genügend mit Kohlen beliefert und bei der Verteilung der Baustoffe die gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgenossenschaften vorzugsweise bedacht werden. Die Ersatzbauweise ist nur ein Notbehelf. Ersatzbauten sind auch nicht billiger herzustellen als Bauten aus Ziegeln. Wir müssen so bald als möglich zu der Bauweise mit Ziegeln zurückkehren.

Abg. Weyl (U. Soz.)

empfiehlt den Antrag des Ausschusses für Bevölkerungspolitik, auf die Reichsregierung einzuwirken, mit größter Beschleunigung an der Hand des früheren Gesetzes über die Jugendwohlfahrtsämter ein Rahmengesetz für die Schaffung eines Wohlfahrtsamtes herzustellen, zu dem auch ein Jugendamt gehören muß. Bei Städten und Kreisen haben wir schon eine Reihe von Wohlfahrtsämtern, die vorbildlich sind. Auch das Jugendamt, das im Berliner Magistrat zur Verabschiedung gelangt, darf als mustergültig angesehen werden.

Abg. Lukassowitz (D. Nat.)

fordert Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel. Die Mieteinigungsämter haben viel Gutes geleistet, aber doch etwas enttäuscht, weil sie nicht positiv gewirkt haben. Es sollten mehr Kasernen zu Wohnzwecken freigegeben werden. Die Heeresverwaltung muß doch einen Plan haben, was sie an Kasernen noch braucht.

Abg. Brandenburg (Soz.):

Die Errichtung des Wohlfahrtsministeriums war außerordentlich notwendig. Im Kriege ist die Statistik gefälscht worden. Die Unterernährung besteht weiter infolge der Teuerung. Das Schiebertum hat es fertig gebracht, so gut wie alle Maßnahmen der Regierung wirkungslos zu machen. Rachitis herrscht in einem Umfange wie noch nie zuvor. Mit der Seuchenbekämpfung steht im engsten Zusammenhang die Wohnungsfrage. In Berlin gibt es immer noch 600 000 Menschen, die zu fünf und mehr in einem Zimmer hausen müssen. Gegen den Luxus an großen Wohnungen wird von vielen Magistraten nicht energisch genug vorgegangen. (Hört, hört! links.) Es wird immer über den Mangel an Baumaterial geklagt, aber im Schleichhandel ist auch hier alles zu haben. Für neue Kinos ist immer Material da, warum nicht für Wohnungen? Mit der Wohnungsreform muß einhergehen die Schaffung von Spielplätzen und Parks, von Badeanstalten und gemeinnützigen Speiseanstalten. Der Redner spricht über das Schlafburschenwesen, die mangelhaften Schlafstätten für Dienstboten und ähnliche Dinge. Auf dem Gebiete der Jugendpflege hat das Wohlfahrtsamt noch eine große Reihe von Aufgaben vor sich. Ich erinnere an die Berufsvormundschaft. Wie Pflegeeltern Kinder mit 25 bis 28 Mark im Monat durchbringen sollen, das mögen sich die Gemeindevertreter einmal überlegen. In kleineren und mittleren Städten gibt es immer noch rückständige Unternehmer, die die Lehrlinge 10 bis 12 Stunden beschäftigen. Warum gehen die Polizeibehörden dagegen nicht vor? Auch die Schlafgelegenheit der Lehrlinge ist elend. In der Zwangserziehungsfürsorge muß weniger mit dem Stock und mehr mit Liebe und Güte gearbeitet werden. Das ganze Fürsorgewesen muß, soweit es geht, von der Polizei losgelöst werden. Die Fürsorge für die Kinder muß schon bei den Schwangeren und Müttern beginnen. Wenn das alles auch viel Geld kostet und wir arm sind, so gehört doch dies alles zu dem Notwendigsten, was geleistet werden muß. Den Menschen zu gesunden und zu kräftigen, ist die dankbare Aufgabe des Wohlfahrtsministeriums. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Frau Heßberger (Zentr.):

Niemals haben wir mehr eine einheitliche Linie in der Fürsorge für Not und Elend gebraucht als jetzt. Diese Aufgabe soll das Wohlfahrtsministerium erfüllen! Leider ist es nicht genügend mit Mitteln ausgestattet. Bei der Wohnungsnot hilft nur energisches Vorgehen. Im Interesse der Volksgesundheit ist unbedingt eine Reglementierung der Prostitution nötig, wobei durch einen Rahmengesetz auf die örtlichen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen ist. Wir begrüßen es, daß in der Jugendpflege endlich einheitlich vorgegangen wird. Dem Kollegen Weyl gegenüber möchte ich aussprechen, daß Berlin gerade ein Beispiel dafür gibt, wie man es nicht machen soll. (Sehr richtig! im Zentrum.) Das ideale Jugendamt darf nur eine Zentralstelle sein, die Anregungen der Allgemeinheit zugänglich macht. Seit 1893 wirkt die Zentralstelle für Volkwohlfahrt außerordentlich segensreich. Wir würden es beklagen, wenn diese wertvolle Arbeit jetzt ausgeschaltet werden sollte. Besonderer Wert zu legen ist auf eine sachgemäße Ausbildung der Persönlichkeiten, die in der Jugendpflege arbeiten. Ein großer Raum muß der Berufsberatung bei den Wohlfahrtsämtern eingeräumt werden. Vor allem ist dafür zu sorgen, daß durch Zensurvorschriften unsere Jugend vor üblen Einflüssen geschützt wird. Unsere ganze Arbeit würde zwecklos sein, wenn wir es nicht erreichen, daß in einem gesunden Körper auch eine gesunde Seele wohnt. (Lebh. Beifall.)

Abg. Dr. Schloßmann (Dem.):

Gerade, weil wir ein armes Volk geworden sind, muß die Wohlfahrtspflege energisch durchgeführt werden; die Kostenfrage darf hier keine Rolle spielen. Notwendig ist eine weitgehende Kinderfürsorge. Wir dürfen unser Nationalvermögen nicht in Kindergräbern anlegen. Unser Volk ist physisch, psychisch und moralisch siech geworden. Hier muß den Uebelständen abgeholfen werden. Notwendig ist dabei die verständnisvolle Mitarbeit der Aerzteschaft. Im neuen Etat sollte ein Arzt als Unterstaatssekretär eingestellt werden. Die Vermehrung der Tuberkulose ist erschreckend. Ihr Verlauf wird immer rascher. Besonders Kinder fallen ihr zum Opfer. In den Krankenanstalten sind nicht die nötigen Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden. Bei der jetzigen Wohnungsmisere ist die Tuberkulose ein Uebel, das fortzeugend neues Uebel gebären muß. Der Redner bespricht das Friedmannsche Tuberkulose-Heilmittel. Der einstige Abgeordnete Haenisch hat sich dagegen ausgesprochen, der jetzige Minister Haenisch hat sich dafür erklärt. Die Medizinalabteilung sollte sofort in eine objektive Prüfung des Mittels eintreten. Wenn nur ein Bruchteil von dem zutrifft, was seine Freunde sagen, dann muß es allgemein zur Anwendung kommen. Daneben dürfen natürlich die anderen Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose nicht vernachlässigt werden. Eine Anzahl von Kurorten zeigen ein durchaus unsoziales Verhalten, indem sie Preise fordern, die nur Kriegs- und Revolutionsgewinnler zahlen können. (Sehr richtig!) Die Kurorte sind nicht nur für eine Schicht der Besitzenden da, sondern für die Allgemeinheit. Man sollte an eine Sozialisierung der Kurorte denken. (Sehr richtig!) Auch den Minderbemittelten muß der Besuch der Kurorte ermöglicht werden. Hier muß der Staat mit gutem Beispiel vorangehen, z. B. in Norderney. Im Hebammenwesen sind die Zustände unhaltbar. Wir protestieren gegen die abermalige Verzögerung des Hebammengesetzes. Nur wenn die Hebammen Beamteneigenschaft bekommen, sind sie sichergestellt. Auch das Haltekinderwesen schreit nach Abhilfe. Man kann nicht warten, bis das Reich diese Materie regelt. Es bietet sich also ein reiches Tätigkeitsfeld; das Wohlfahrtsministerium wird hoffentlich der Grundpfeiler unserer Volkskraft und Volksgesundheit. (Beifall bei den Demokraten.)

Minister für Volkswohlfahrt Stegerwald:

Seit ich im Mai hier meine Programmrede gehalten habe, konnten abschließende Arbeiten nicht gemacht werden. Es sind eine Anzahl Spezialfragen erörtert worden, auf die meine Mitarbeiter später eingehen werden. Die Anregungen der heutigen Debatte werden alle wohlwollend geprüft werden. In der Frage der Hebammen und Haltekinder werden wir abwarten, bis die abschließende Anschauung der Landesversammlung vorliegt. Alsdann werden wir eine Sachverständigenkonferenz von Aerzten und Hebammen berufen und hierauf an eine Neuregelung herantreten. Das Wohlfahrtsministerium ist ja zu einer ungünstigen Periode errichtet worden. Infolge der großen Ereignisse, die der Friedensschluß mit sich brachte, konnte nicht mit der nötigen Sorgfalt an den Ausbau des Ministeriums gegangen werden. Dazu kamen vor allem die Schwierigkeiten in der Raumfrage. Das Ministerium braucht 150 bis 180 Räume. Wir haben lange nach einem geeigneten Gebäude dafür suchen müssen. Schließlich hat man den Mittelbau des Herrenhauses dafür zur Verfügung gestellt. Von den drei Abteilungen, die errichtet werden sollen, sind zwei fertig: die Wohnungsabteilung und die Medizinalabteilung. Die Abteilung für Arbeiterwohlfahrt und Jugendpflege ist noch nicht voll ausgebaut. Eine ganze Anzahl von Arbeiten sind in Vorbereitung. Wir hoffen, in einigen Monaten Ihnen die Pläne des Wohlfahrtsministeriums unterbreiten zu können.

Eine ganze Reihe von Vorschlägen sind zur Hebung der Volksgesundheit gemacht worden. Das Grundproblem ist hier eben die bessere Ernährung. Auf dem Gebiete des Wohnungswesens ist es für uns sehr schwierig, durchgreifende Aenderungen herbeizuführen. Die Wohnungsnot ist eine internationale Erscheinung. Ihre Ursachen beruhen letzten Endes in der großen Kohlennot. Es wird ja jetzt im rheinisch-westfälischen Kohlenbezirk schon wieder recht gut gearbeitet. Aber die Eisenbahnverwaltung und die großindustriellen Werke sind noch nicht eingedeckt. Die künftigen Bauordnungen müssen den Großstädten mehr Licht und Luft verschaffen. Das Reich hat weitere 150 Millionen für Wohnungsbauten zur Verfügung gestellt. Davon entfallen 90 Millionen auf Preußen. Den vorliegenden Anträgen auf Unterstützung wird hoffentlich stattgegeben werden können. Leider wird ein großer Teil der Teuerung als internationale Erscheinung bleiben. Bestimmte Gebiete der Jugendfürsorge sollen durch Reichsgesetz nächstens erledigt werden. Frauen werden selbständige Referate im Wohlfahrtsministerium erhalten. Im nächsten Etat werden Regierungsrätinnen angefordert werden. Wir sind ein armes Volk. Aber bei der Volksfürsorge darf und soll nicht gespart werden.

Das Haus vertagt sich.

Freitag, 12 Uhr: Eisenbahnzuschläge, Weiterberatung.

Schluß 6½ Uhr.

*

Der Aeltesten-Ausschuß der Preußischen Landesversammlung hielt am Donnerstag vor Beginn der Vollsitzung eine Besprechung ab. Die Staatsregierung hat der Landesversammlung das Gebäude des früheren Herrenhauses zur Verfügung gestellt. Das Wohlfahrtsministerium bleibt allerdings vorläufig noch als Mieter der Landesversammlung darin. Die übrigbleibenden Räume sollen in der Hauptsache zu Arbeitszimmern für die Abgeordneten benutzt werden. Im Laufe der Zeit sind die Räume der Landesversammlung (Abgeordnetenhaus) so eng geworden, daß alle im Herrenhaus verfügbaren Räume als erfreulicher Zuwachs gelten können.

Was den Arbeitsplan anlangt, so soll zunächst die Etatsberatung fortgeführt werden. Am Sonnabend und Montag aber sollen die Sitzungen ausfallen. — Die Beratung der Teuerungszulagen soll am Mittwoch oder Donnerstag begonnen werden. Sie mußte so lange hinausgeschoben werden, weil die Vorverhandlungen der Staatsregierung mit der Reichsregierung noch nicht völlig abgeschlossen sind, und der Finanzminister Dr. Südekum am Montag und Dienstag an einer Konferenz der einzelstaatlichen Finanzminister in Bamburg teilnehmen muß.

Neue Gesetze und Verordnungen.

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht:

1) Das Gesetz betreffend Erhöhung der Pensionen von Reichsbeamten die das 65. Lebensjahr vollendet haben. Vom 12. September 1919.

Danach werden die Pensionen der Reichsbeamten, die bis zum 31. März 1920 das 65. Lebensjahr überschritten haben und bis dahin ihre Versetzung in den Ruhestand nachsuchen, sowie der über 65 Jahre alten Reichsbeamten, die seit Beginn des Krieges freiwillig in den Ruhestand getreten, aber ohne Unterbrechung im Dienste weiterverwendet worden sind, um 10%, mindestens aber um 300 ℳ erhöht.

2) Das Gesetz betreffend die Pensionierung von Reichsbeamten infolge der Umgestaltung des Staatswesens. Vom 12. September 1919.

Nach diesem Gesetz können Reichsbeamte, die mit der Wahrnehmung politischer Angelegenheiten betraut sind und bis zum 31. März 1925 infolge der Umgestaltung des Staatswesens ihre Pensionierung nachsuchen, in den Ruhestand versetzt werden, ohne daß eingetretene Dienstunfähigkeit oder die Vollendung des 65. Lebensjahres Vorbedingung des Anspruchs auf Pension ist. Die nähere Ausführung hinsichtlich der Beamtengattungen, auf die das Gesetz anwendbar sein soll, erläßt das Reichsministerium.

3) Das Offiziersentschädigungsgesetz, sowie das Kapitulantengesetz, beide vom 13. September 1919.

4) Die Verordnung der Reichsregierung über die Gewährung von Zulagen zu Renten aus der Invalidenversicherung. Vom 21. August 1919.

Die Empfänger einer Invaliden- und Altersrente erhalten danach eine monatliche Gehaltszulage von 20 ℳ, die Empfänger einer Witwen- oder Witwerrente eine solche von 10 ℳ, auf die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis zum 31. Dezember 1920.

5) Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung erläßt eine Bekanntmachung über die Einschränkung des Verbrauchs elektrischer Arbeit. Vom 9. September 1919.

Es soll der Verbrauch elektrischer Arbeit bei allen Verbrauchern, die sie von einem Stromversorgungsunternehmen beziehen, eingeschränkt werden. Die Grundlage für die Einschränkungen gibt der Kohlenkommissar den Kohlenwirtschaftsstellen und durch sie den Vertrauensmännern. Neuanschlüsse und Erweiterungen dürfen nur auf Grund besonderer Genehmigungen ausgeführt werden, und diese soll nur in dringenden Fällen erteilt werden. Bezieher, die elektrische Arbeit über die zugelassene Menge hinaus verbrauchen, haben für die über die zugelassene Menge hinaus verbrauchte Kilowattstunde einen Aufpreis von 50 ₰ zu zahlen. Bei wiederholt notwendiger Erhebung dieses Aufgeldes kann die Kohlenwirtschaftsstelle dem Verbraucher den Strom sperren. Die Einhaltung der Vorschriften wird durch Strafandrohung von Gefängnis bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu 10 000 ℳ erzwungen.

Die Genehmigung preußischer Regierungsverordnungen.

Nach § 9 des Gesetzes zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen blieben die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, d. h. vor dem 20. März 1919 erlassenen und verkündeten Verordnungen der damaligen Staatsregierung zunächst in Kraft. Ein Verzeichnis der Verordnungen war der Landesversammlung bis zum 20. April 1919 vorzulegen. Dies ist geschehen. Eine Verordnung ist außer Kraft zu setzen, wenn oder insoweit die Landesversammlung dies beschließt. Der Rechtsausschuß der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung beantragt nun, zunächst eine Anzahl der in das Register aufgenommenen Verordnungen zu genehmigen. Dazu gehören unter anderen die drei die Rechtsstellung des preußischen Königshauses hinsichtlich der Beschlagnahme des Vermögens und die Zuständigkeit des Geheimen Justizrates betreffenden Bekanntmachungen, ferner die Verordnungen über die Aufhebung von Abgabebefreiungen, die Amnestie in Disziplinarsachen, und endlich die wichtige Verordnung vom 10. März 1919 über die Auflösung der Familiengüter.

Die Arbeitszeit im Bergbau.

Wie wir kürzlich berichteten, hat der Reichsarbeitsminister verfügt, daß der seinerzeit geschaffene Ausschuß zur Prüfung der Arbeitszeit im Bergbau in Permanenz erklärt wird, da sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer eingesehen haben, daß dieser Ausschuß in erheblichem Umfange dazu beitragen kann, eine Verständigung zwischen den widerstrebenden Interessenten im Ruhrbergbau herbeizuführen. Dem Ausschuß sind vom Reichsarbeitsminister weitgehende Kontrollbefugnisse erteilt worden, namentlich soll er durch Unterausschüsse prüfen, ob auf den Zechen alles geschieht, um die Einführung der sechsstündigen Arbeitszeit zu ermöglichen. Die Vorarbeiten hierfür sind bereits geleistet. Amtlich wird darüber gemeldet:

Auf Grund einer Verfügung des Reichsarbeitsministers hat Prof. Dr. E. Francke als Vorsitzender des Ausschusses für die Prüfung der Arbeitszeit unter Tage im Ruhrkohlenbergbau die Ausschußmitglieder ersucht, unverzüglich sechs Unterausschüsse unter Leitung je eines Arbeitgebers und eines Arbeitnehmers zu bilden, um an Ort und Stelle alle technischen, wirtschaftlichen und behördlichen Maßnahmen zu prüfen, die einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit dienen können. Ende November tritt der Ausschuß wieder zusammen, um Beweise zu erheben, ob die Einführung der Sechsstundenschicht unter Tage im Ruhrkohlenbergbau ohne Gefährdung der Kohlenversorgung Deutschlands möglich ist.

Kommunalfragen des rheinischen Zentrums.

Eigene Drahtmeldung.

J. Köln, 18. September.

Zu einer Sonderversammlung hatte die Kommunalpolitische Vereinigung des rheinischen Zentrumsparteitages die Stadt- und Gemeindeverordneten eingeladen. Ungefähr 200 Kommunalvertreter aus allen Teilen der Provinz waren erschienen.

Der Geschäftsführer der Vereinigung berichtete über die Entwicklung der Vereinigung und begründete mehrere vom Ausschuß vorgelegte Anträge. Ueber eine Entschließung betreffs der Gemeindewahlen entspann sich eine Erörterung, in der die Frage aufgeworfen wurde, ob unter Umständen die Aufstellung einer gemischten Liste in Betracht zu ziehen sei. Diese Frage wurde von der Versammlung in der entschiedensten Weise verneint. Es wurde ein Antrag angenommen, in dem eine Tätigung der Kommunalwahlen nach parteipolitischen Grundsätzen (keine gemischten Listen, dagegen unter Umständen verbundene Listen) gefordert wird. Es wurde ferner auf die Notwendigkeit hingewiesen, alsbald nach vollzogener Neuwahl einen engen Zusammenschluß der neu gewählten Kommunalvertreter zu schaffen, um ein einheitliches planmäßiges Bild nach den Grundsätzen des Zentrumsprogramms zu ermöglichen.

Zu dem Hauptgegenstand der Tagesordnung, der Neugestaltung der Kommunalverfassung, nahm Unterstaatssekretär Linz das Wort. Da wegen der vorgerückten Zeit eine Aussprache über die Entwürfe nicht mehr stattfinden konnte, wurden diese als Material den anwesenden Unterstaatssekretären und Abgeordneten überlassen und eine Entschließung angenommen, in der u. a. gesagt wird: „Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß nachdem bei der Vorbereitung der Entwürfe erfahrene Mitglieder der Stadtverordnetenkollegien und Gemeindevertretungen bisher nicht hinzugezogen worden sind, dies wenigstens im weiteren Verlauf der Beratungen geschieht, und zwar unter paritätischer Berücksichtigung der Landesteile und Parteien."

Im Hinblick auf die große Bedeutung, welche die Neugestaltung der Kommunalverfassung für die künftige Entwicklung der Gemeinden hat, soll eine weitere Versammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung nach eingehenden Besprechungen der Fragen möglichst bald abgehalten werden.

Vereitelte Polenspionage.

Königsberg, 18. September. Hier ist eine von polnischer Seite ausgehende und finanzierte Spionageorganisation aufgedeckt und unschädlich gemacht worden, ehe sie sich voll entfalten und wirksam betätigen konnte. Der Hauptschuldige, dessen Nationalität noch nicht feststeht, sowie fünf seiner Mitschuldigen, die größtenteils geständig sind, sitzen hinter Schloß und Riegel. Das gefundene Beweismaterial ist erheblich. Hauptmittelpunkte der Spionage waren die Bahnhöfe Königsberg, Insterburg, Tilsit und Stallupönen. Ihr Zweck war die Feststellung der Stärke und Bewaffnung des Grenzschutzes und der Truppenverschiebungen längs der polnischen Grenze.

Polnische Mißhandlungen Deutscher.

Kattowitz, 18. September. Fortgesetzt laufen Mitteilungen von den amtlichen Stellen ein über Mißhandlung Deutscher durch die Polen. So z. B. wurde der Gendarmeriewachtmeister Walter in Wohlau, Kreis Pleß, von den Polen verschleppt und mißhandelt. Er befand sich vom 17. August bis 1. September im polnischen Gefangenenlager zu Dabick bei Krakau; ferner: der Sohn des Amtmanns Rimmeler in Tischau wurde in der Nacht vom 16. zum 17. August durch Kolbenhiebe verletzt. Schließlich ein Unteroffizier der 11. Jäger zu Pferde wurde am 17. August auf Kopf und Brust derartig mit Füßen getreten, daß er den Verletzungen erlegen ist.

Die Aufnahme des Urteils im Geiselmordprozeß.

m. München, 18. September. (Eigene Drahtmeldung.) Das Urteil im Geiselmordprozeß wurde von sämtlichen Angeklagten ruhig und ohne Störung aufgenommen, nur der Angeklagte Hesselmann weinte, wie er das schon die Tage vorher getan hatte. Auch nach der Verkündung der Urteilsbegründung blieben die Angeklagten ruhig, bis das Gericht sich entfernt hatte. Als sie abgeführt werden sollten, begann Fritz Seidl auf seine Umgebung einzureden und sich besonders gegen Hesselmann zu wenden, den er wegen seiner belastenden Aussagen beschimpfte. Die Angeklagten wurden dann unter schärfster Bewachung abgeführt.

Die Verhandlungen über Birkenfeld.

Mainz, 18. September. Die französische Zensurstelle teilt mit: Zwischen General Mangin und Delegierten aller Parteien von Birkenfeld, die um eine Rücksprache mit ihm gebeten hatten, haben gestern wichtige Besprechungen stattgefunden; sie begannen vormittags 9 Uhr und dehnten sich bis 7½ Uhr abends aus.

Eine syndikalistische Vereinigung am Niederrhein.

rp. Düsseldorf, 18. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die radikalen, außerhalb der freien Gewerkschaften stehenden Arbeiterverbände haben auf einer hiesigen Zusammenkunft beschlossen, sich zu einigen. Als gemeinsame Grundlage wurde das syndikalistische Wirtschaftsprogramm angenommen. Die neue Vereinigung trägt den Namen Freie Arbeiterunion mit dem Untertitel Föderation der Bergarbeiter, Metallarbeiter, Kommunalarbeiter usw.

Reich und Bundesstaaten.

„Um den Kaiser."

„Um den Kaiser" ist der Titel des in den nächsten Tagen im Verlage von Reimar Hobbing in Berlin erscheinenden dritten Bandes der „Erinnerungen" des ehemaligen Chefs der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektors Otto Hammann. Der Novembersturm steht im Mittelpunkt des Buches, das auch sonst das Kaiserthema nach verschiedenen Richtungen behandelt.

Ruhe in Köslin.

Nachdem Truppen aus Kolberg und Stolp eingetroffen sind, herrscht in Köslin wieder völlige Ruhe. Die Gewerkschaften lassen durch ihre Angehörigen die Lebensmittelgeschäfte bewachen. Die Krawalle wurden ausschließlich von jungen Burschen hervorgerufen; die Parteien stehen der Sache völlig fern. Die jungen Burschen haben die Erregung der Bevölkerung über mangelnde Belieferung, zumal an ausländischen Lebensmitteln benutzt, um zu plündern. Es fehlt in der Hauptsache an Mehl, Speck und Hülsenfrüchten, die anderen Städten zugeteilt worden sind.

Unabhängige Kampfesart.

Von zuständiger Stelle wird W. T. B. mitgeteilt:

Anläßlich der zurzeit stattfindenden Braunschweiger Bürgermeisterwahl leistet sich das Blatt der Unabhängigen Sozialdemokratie folgende unglaubliche Ausschreitung:

„200 000 russische Kriegsgefangene werden von der rechtssozialistisch-kapitalistischen Reichsregierung unter nichtigen Gründen in Deutschland zurückgehalten, um den revolutionären Sowjettruppen einen Streich zu spielen. Die deutschen Kriegsgefangenen im Auslande sind der Verzweiflung nahe, weil immer noch nicht abzusehen ist, wann sie ausgeliefert werden, und die deutsche Reichsregierung macht es mit den russischen Kriegsgefangenen, die sie als Sklaven an die Großagrarier verhandelt, noch schlimmer.

Die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich sind der Verzweiflung nahe. Die rechtssozialistisch-kapitalistische Reichsregierung hat aber mit der französischen Regierung ein Uebereinkommen getroffen, daß diese in den Gefangenenlagern die deutschen Kriegsgefangenen zum Kampf gegen Sowjetrußland anwerben darf. Die deutschen Frauen warten auf ihre kriegsgefangenen Männer, und die deutsche rechtssozialistisch-kapitalistische Reichsregierung läßt deutsche Kriegsgefangene von den Franzosen in französische Uniformen stecken und gegen Sowjetrußland als Kanonenfutter verwenden. Wer seiner Erbitterung darüber Ausdruck geben will, der wählt die Liste der U. S. P. D."

Schamlosere Verhetzung und Irreführung der Massen sind in einem Wahlkampf kaum jemals betrieben worden. Es bedarf keines Kommentars, um die Niedrigkeit der Gesinnung der Urheber dieser verbrecherischen Lügen zu kennzeichnen. Man darf wohl annehmen daß auch innerhalb der Reihen der U. S. P. D. sich alle anständigen Elemente mit Abscheu von dieser Art politischer Propaganda abwenden werden.

Keine Zurücksetzung der Angehörigen der Reichswehr.

Die „Kreuzzeitung" bringt unter der Ueberschrift „Erbärmlich" die Nachricht, daß Angehörige der Reichswehr sich nicht an die staatlichen Arbeitsnachweise wenden sollen, weil die staatlichen Arbeitsnachweise sich der Angehörigen der Reichswehr nicht mit dem genügenden Interesse annehmen.

Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt, daß von einer Zurücksetzung der Angehörigen der Reichswehr bei Gewährung der Besetzung von Stellen keine Rede sein könne. Es ist ja bekannt, mit welcher Schärfe die Staatsregierung eingeschritten ist, als seinerzeit Angehörige der Reichswehr von unabhängiger Seite boykottiert wurden.

Heranziehung der Techniker zu Staatsaufgaben.

M. München, 18. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der bayerische Minister des Innern, Endres, hat den Oberregierungsrat Huber von der obersten Baubehörde damit beauftragt, Vorschläge über die Neuordnung der technischen Aufgaben der Staatsverwaltung auszuarbeiten. Dem Hauptverband der bayerischen Staatstechniker wird Gelegenheit geboten sein, bei der Erfüllung dieser Aufgabe mitzuarbeiten; auch die Standesvertretungen der freien technischen Berufe werden gehört werden.

Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Nach Eröffnung der Sitzung kommt Stadtv.-Vorst.-Stellvertreter Wege auf die Vorgänge in den letzten Stadtverordnetenversammlungen zu sprechen und verliest dazu eine vom Stadtv.-Vorsteher Dr. Weyl und ihm formulierte Erklärung. Sodann tritt die Versammlung in die Beratung der Tagesordnung ein. Der Ausschuß, der über die Vorlage, betr. der Ueberlassung der Turnhallen und Schulaulen zu Versammlungen zu beraten hatte, empfiehlt, daß für Ueberlassung der Stadthalle an Private im Winter 300 ℳ, im Sommer 200 ℳ erhoben werden sollen. Nach kurzer Erörterung wird der Ausschußantrag angenommen. Ueber den Antrag der Stadtv. Dr. Weyl und Genossen, betr. die Uebernahme der Volkskaffee- und Speisehallen in städtischen Betrieb berichtet für den Ausschuß Stadtv. Rosenow.

Nach längerer Diskussion wird der Antrag Dr. Weyl und Genossen abgelehnt. Dagegen wird der Antrag des Ausschusses angenommen, den Magistrat zu ersuchen, mit der Volkskaffee- und Speisehallengesellschaft erneut zu verhandeln, um durch Zuschüsse den Betrieb der Gesellschaft aufrecht zu erhalten. Von den Unabhängigen Sozialdemokraten ist folgender Antrag gestellt: Den Magistrat zu ersuchen, im Interesse der Berliner Bevölkerung bei der preußischen Regierung gegen die beabsichtigte Militarisierung der Berliner Polizei Protest zu erheben.

Stadtv. Rosenfeld (U. Soz.) begründet den Antrag sehr eingehend. Stadtrat Franz: Auf eine Anfrage des Magistrats bei dem Minister des Innern haben wir die Antwort erhalten, daß eine Veränderung des polizeilichen Sicherheitsdienstes angesichts der ganzen öffentlichen Verhältnisse notwendig ist und daß die Jahreskosten sich auf etwa 30 Millionen belaufen werden. Stadtv. Coblenzer (S. P. D.) begründet einen längeren Antrag, der den Magistrat ersucht, mit der Regierung erneut in Verhandlung zu treten bezüglich der Uebertragung der polizeilichen Befugnisse auf die Stadt und weiter zu verhandeln über die Gestaltung der Sicherheitspolizei. Stadtv. Cassel (Dem.) begründet nach längerer Polemik gegen die Ausführungen des Stadtv. Rosenfeld und kritischer, nicht ohne weiteres zustimmender Kritik des Reorganisationsplanes, sowie Hervorhebung der mancherlei Bedenken einen Antrag, der jedoch abgelehnt wurde.

Der Antrag der Mehrheitssozialisten wird gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. Der Antrag geht dahin, den Magistrat zu ersuchen, sich mit der preußischen Staatsregierung über die beabsichtigte Reform des Groß Berliner Polizeiwesens ins Einvernehmen zu setzen und bei den Verhandlungen die wirtschaftlichen und finanziellen Interessen der Beamtenschaft zu wahren.

Vorschriften zur Genehmigung von Zeitungen. Das Oberkommando Noske macht bekannt: Bei Anträgen auf ausnahmsweise Genehmigung von Flugblättern gemäß Verordnung des Oberbefehlshabers vom 22. August ist der genaue Wortlaut in vierfacher Ausfertigung dem Oberkommando vorzulegen. Bei Anträgen auf Genehmigung von Tageszeitungen und stereotypierten Druckschriften gemäß Verordnung des Oberbefehlshabers vom 22. August ist ein genauer Bericht des Herausgebers beizufügen, aus dem die Tendenz und der beabsichtigte Inhalt der Zeitung und Druckschrift klar ersichtlich ist. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß den Vorschriften des § 6 des Reichspressegesetzes zu genügen ist.

Für 180 000 Mark Schmucksachen und Kleidungsstücke erbeutete ein Einbrecher in der Barbarossastraße. Unter den Schmucksachen befinden sich Perlenohrringe, Perlenkolliers, Kettenarmbänder, Vorstecknadeln usw.

Ueber das verlorene Afrika werden Kapitänleutnant Hans Paasche und der Suahelineger Mdachi bin Scharifu im Beethovensaal am Freitag, 19. September, abends 7½ Uhr, einen Vortrag mit Lichtbildern halten.

Letzte Meldungen.

Das Königsschloß in Neapel niedergebrannt.

Bern, 18. September. Das Königsschloß in Neapel ist durch Feuer zerstört worden. Es wird Brandstiftung vermutet. Seltsamerweise waren im Schloß große Vorräte an Naphthalin und Benzin untergebracht, weshalb das Feuer mit unheimlicher Schnelligkeit um sich greifen konnte.

Frankfurt a. M., 18. September. Die „Frankfurter Zeitung" meldet: Die Arbeiterschaft der Höchster Farbwerke legte heute vormittag wegen der Angelegenheit Hindrichs wiederum die Arbeit nieder. Hindrichs erklärt in einer Proklamation an die Höchster Bevölkerung, daß er gemäß Verfügung des Wiesbadener Regierungspräsidenten vorläufig die landrätlichen Geschäfte übernehme, was eine glatte Unwahrheit ist.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das bekannte Juwelenhaus Margraf u. Co., Kanonierstraße 9 und Tauentzienstraße 18 a, empfiehlt Perlen und Juwelen aller Art in äußerst geschmackvollen, aparten Fassungen, ebenfalls sein bedeutendes Gold- und Silberlager. Die Firma übernimmt auch den Ankauf von Juwelen aller Art.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Deutsche Volkswirtschaft.

Zur Neugestaltung des Devisenhandels. Der Berliner Börsenvorstand beschäftigte sich gestern in Verfolg der Aufhebung der Devisenordnung mit der weiteren Gestaltung des Devisenhandels und kam dabei in Einvernehmen mit den Vertretern der Börsen zu Frankfurt am Main und Hamburg zu dem Entschluss, es vorläufig bei den bisherigen Einrichtungen bewenden zu lassen, da sich Missstände zurzeit nicht ergeben.

Ueber die Lage des Rauchwarenmarktes berichtet der Verband der deutschen Rauchwarenfirmen in Leipzig: Das Geschäft hat sich seit einigen Wochen lebhaft gestaltet, was zu einer weiteren Preissteigerung für beinahe alle Artikel, speziell solche, die von der Mode bevorzugt sind, geführt hat. Seitdem grössere Aufträge nicht nur vom neutralen Ausland, sondern auch von Frankreich, England und Amerika einlaufen, speziell auf alle Sorten rohe und gefärbte Füchse, Elektrik- und Biberkanin, Feh, Breitschwänze und Persianer, Maulwürfe, Maulwurftafeln und Hamsterfutter, Zobel, Baummarder, Steinmarder und Iltis, sind die Preise in fortwährendem Steigen begriffen und die Vorräte naturgemäss bedeutend zusammengeschmolzen. Das Geschäft in Deutschland als auch in Oesterreich und der Tschecho-Slowakei hat ebenfalls einen bedeutenden Aufschwung genommen, und sind für diese drei Länder beinahe alle Artikel, speziell importierte Waren, in nennenswerten Posten aus dem Markt genommen worden. Die Aussichten für das bisherige Geschäft sind weiter gut und die abnorm hohen Preise dürften zum mindesten solange anhalten, bis die Möglichkeit gegeben ist, durch bessere Gestaltung der Reichsmark aus den Ursprungsländern Waren in grösseren Mengen einzuführen.

Preiserhöhung für Zinkblech. Die Vereinigung der Zinkblechwalzwerke in Berlin erhöhte die Preise um 85 M auf 375 bis 377 M je nach Zone für 100 kg. Im Zusammenhang hiermit erhöht die Rheinisch-Westfälische Zinkblech-Vereinigung die Lagerpreise von 336 auf 421 M. Die neuen Preise treten sofort in Kraft.

Neues Kleinbahnunternehmen. Drahtlich wird uns gemeldet: Unter Beteiligung des Staates, welcher 420 000 M Aktien zeichnete, wurde in Schildau unter dem Namen Kleinbahn-Akt.-Ges. Schildau—Mockrehna mit 1 200 000 M Kapital eine neue Gesellschaft gegründet.

Ausländische Volkswirtschaft.

Wiedergutmachung und Valuta. Ein eigener Drahtbericht meldet uns: Im „Matin" schlägt Professor Brunhes vom Collège de France vor, zwecks Valutaverbesserung gegen die von Deutschland für Wiedergutmachungen und Schäden zu zahlenden und von den Allfierten in den Wechselbestand aufzunehmenden Schatzscheine in allen Ländern internationales Geld im Werte von je 1000 Goldfranken auszugeben. Durch Warenkäufe könne Deutschland dann die Schatzscheine vermittels dieser Noten zurückkaufen.

Das deutsche Kapital der Dillinger Hüttenwerke. Aus Luxemburg wird uns drahtlich gemeldet: In der luxemburgischen Presse wird erörtert, es sei schwer, das deutsche Kapital aus den Dillinger Hüttenwerken zu verdrängen, weil die deutschen Kapitalisten hartnäckig an ihrer Beteiligung festhalten.

Steigende Filmeinfuhr nach Schweden. Der Vorsteher des schwed. staatl. Biographenbureaus, Gunnar Bjurman, betont in seinem bei der Regierung eingereichten Vorschlag zum Budget des nächsten Jahres, dass in der Filmeinfuhr eine ausserordentliche Steigerung eingetreten und bis jetzt noch kein Sinken zu bemerken sei.

Englische Kolonialwolle für Deutschland. Infolge einer Entschliessung der Wollabteilung des Munitionsministeriums, allen fremden Ländern ab 1. September zu gestatten, an den Käufen der im Besitz der britischen Regierung befindlichen Kolonialwolle teilzunehmen, wird nach „Financial Times" in Bradford amtlich bekanntgegeben, dass das Kriegshandelsamt beabsichtige, Lizenzen für die Ausfuhr von Wolle nach Deutschland zu erteilen.

Aus der französischen Eisenindustrie. Im Monat Juli betrug, wie uns geschrieben wird, die Minetteförderung im Becken von Meurthe-et-Moselle: Für das Becken von Nancy 40 490 t, für das Becken von Briey 33 546 t (wovon 21 500 t für die Gruben de Wendel), Longwy 11 587 t. Zusammen also 85 523 t gegen 1 550 000 t im Jahre 1913. Der grosse Rückgang der Förderung rührt insbesondere davon her, dass viele Gruben noch nicht in Betrieb sind. Im Bereich de Briey wird gegenwärtig nur in den Gruben von Joeuf, Montiers, Erronville, Homécourt und Landres gearbeitet. Die Vorräte, die schon vor dem Waffenstillstand, also vor der Ankunft der Franzosen bestanden, betragen 1½ Millionen Tonnen. Im allgemeinen sind die Grubeneinrichtungen intakt und die Minen haben wegen der Steigerung der Erzpreise eher an Wert zugenommen. Von den 27 Hochöfen des Beckens von Nancy sind 10 in Betrieb, von den 18 des Beckens von Briey 3 und von den 33 des Beckens von Longwy 3. In kurzer Zeit sollen weitere Hochöfen in Joeuf, Senelle-Maubeuge, Aubrives-Villerupt (Gelsenkirchen) und auf den Chierswerken unter Feuer genommen werden. Viele andere Hochöfen sind betriebsbereit, aber infolge des Koksmangels kann an deren Anblasen noch nicht wieder gedacht werden.

Amerikanisch-schwedischer Kohlenvertrag. Aus Stockholm wird uns drahtlich gemeldet: „Dagens Nyheter" zufolge ist zwischen schwedischen Kohlenimporteuren und amerikanischen Exporteuren eine Uebereinkunft zustande gekommen, nach der die Amerikaner sich verpflichten, den ganzen Normaljahresverbrauch Schwedens an Kohlen, also 5 Millionen Tonnen zu liefern. Die schwedischen Importeure haben sich ihrerseits dagegen bereit erklärt, die vollständige Garantie für den Import zu übernehmen, unter der Voraussetzung, dass die nötige Tonnage unter Mitwirkung der Regierung beschafft wird.

Amerikanische Exportvereinigung für Südamerika. Die nationale Vereinigung amerikanischer Fabrikanten hat, wie uns drahtlich gemeldet wird, eine Ausfuhrvereinigung zur Förderung des Handels mit Südamerika gegründet, in der Fabrikanten jeder Branche vertreten sind. Die Exportvereinigung will ihre Mitglieder über die Märkte, Zolltarife usw. unterrichten und beabsichtigt, ihr Arbeitsfeld auch auf andere Gebiete auszubreiten.

Aktiengesellschaften.

Die **Munitionsmaterial- und Metallwerke Hindrichs-Auffermann Akt.-Ges.** schlägt der Generalversammlung auch die Verlegung des Sitzes von Beyenburg nach Barmen vor.

In **Butzbach** (Hessen) wurde die **Butzbacher Maschinenfabrik Akt.-Ges.** mit 300 000 M Grundkapital errichtet zwecks Herstellung, An- und Verkauf von Maschinen, Apparaten, Eisenkonstruktionen, Eisenbahnmaterialien, gelochten und gestanzten Blechen. Gründer sind ausschliesslich Einwohner von Butzbach.

Die **Gebrüder Adt Akt.-Ges. in Forbach** (Lothringen) schlägt einer ausserordentlichen Generalversammlung die Verlegung des Sitzes nach Ensheim oder an einen anderen Ort vor.

Die **Hofbierbrauerei Hanau Akt.-Ges.** schlägt einer ausserordentlichen Generalversammlung Abberufung und Zuwahl zum Aufsichtsrat vor sowie Ermächtigung des Aufsichtsrats, die Stillegung des Betriebes und Veräusserung des Brauereigeschäfts usw. anzuordnen.

Die **Landwirtschaftliche Kreditanstalt Regensburg** beantragt bei einer ausserordentlichen Generalversammlung u. a. die Auflösung.

Die **Neu-Grunewald Akt.-Ges. für Grundstücksverwertung** in Liqu. tätigte in 1918/19 keine Verkäufe. Der Besitz an Villenbauterrain beträgt unverändert 2085,29 Geviertruten und steht durchschnittlich mit 403,86 M die Geviertrute zu Buch. Das Aktienkapital ist durch die vorjährige Rückzahlung nunmehr völlig getilgt.

Die **Leipziger Baumwollspinnerei** beantragt bei einer ausserordentlichen Generalversammlung eine Kapitalserhöhung um 1½ auf 4½ Millionen Mark.

Devisenkurse.

Kopenhagen, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Am heutigen Börsenmarkt zeigte die Reichsmark eine Kursschwankung von 16½ bis 17½ Kr. und wurde 50 Oere tiefer als gestern notiert. Der Sterlingkurs stellte sich 3, der Pariser Frank 25 Oere höher.

Stockholm, 17. September.

	K. v. 17. 9.	16. 9		K. v. 17. 9.	16. 9.
Berlin	15,00	13,50	London	16,87	16,85
Amsterdam	150,50	151,00	Paris	44,50	45,50
Schweiz	78,25	73,25	Brüssel	47,00	47,00
Washington	407,00	405,00	Helsingfors	20,50	20,00

London, 16. September.

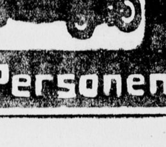
	K. v. 16. 9.	K. v. 15 9.
Privatdiscont	3½	3½
Silber loko	61½	61½
do. auf Lieferung	60½	59½

London, 16. September.

	K. v. 16. 9.	K. v. 15. 9.
Wechsel auf Deutschland	126,00	116,50
do. „ Amsterdam kurz	11,17	11,19
do. „ Paris 8 Monate	87,85	86,50
do. „ Paris kurz	—	—
do. „ Brüssel	87,45	86,21

New York, 15. September.

	K. v. 15. 9.	18. 9.
Wechsel auf Berlin (Sicht)	3½	3½
do. auf Paris (Sicht)	8,72	8,51
do. auf London (60 Tage Sicht)	4,14,00	4,14,00
do. do. (Cable Transf.)	—	4 1 ,75


OPEL
RÜSSELSHEIM a/m

Personen-Nutz- und Lastwagen in allen Ausführungen.

MM „EXTRA" Matthäus Müller ELTVILLE

Amtl. Bekanntmachungen.

Eine ausgebaute, gut erhaltene Verbund-Dampfmaschine von 500 PS der Firma Swiderski, Leipzig 210 Umdrehungen, mit 1 A. E. G.-Dynamo von 1000 Amp., 2×110 Volt, und 1 A. E. G.-Dynamo von 806 Amp. 440 Volt, nebst den dazugehörigen Regulierauslassern, komplett, steht beim Eisenbahn-Werkstätten-Amt Lingen a. d. Ems zum Verkauf.
Besichtigung kann jederzeit erfolgen.
Angebote auf die ganze Anlage bezw. die Dampfmaschine oder die elektrische Ausrüstung allein sind zu richten an das Werkstätten-Amt Lingen.
Frist für die Eröffnung der Angebote 15. 10. 1919.

Theater für Freitag, den 19. September 1919.

Opernhaus. Unter den Linden. 185. Abonnem.-Vorstellung. Carmen. Oper in vier Akten von Georges Bizet. Text von Henry Meilhac und Ludovic Halévy nach einer Novelle des Prosper Merimée. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend, 186. Abonnements-Vorstellung. Fidelio. Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus. Am Gendarmenmarkt. 197. Abonnem.-Vorstellung. Gespenster. Ein Familiendrama in drei Akten von Henrik Ibsen. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend, 198. Abonnements-Vorstellung. Coriolan. Anfang 7 Uhr.

Fried.-Wilhelmst. Th. 7½ Uhr: Der heilige Florian.

Residenz-Theater. Täglich 8 Uhr: Das höhere Leben. Sobd. 4 Uhr: Hänsel u. Gretel.

Trianon-Theater. 8 Uhr: Der gute Ruf. Sobd. 4 Uhr: Aschenbrödel.

Kleines Theater. 8 Uhr: Summa Summarum.

Kleines Schauspielh. 7½ Uhr: Krach.

Volksbühne Theater am Bülowplatz. Direktor: Fried. Kayßler. 7½ Uhr: 's Jungferngift. Sonnabend 7½ Uhr Gas.

Winter-Garten. Täglich 7½ Uhr: Varieté-Spielplan. Rauchen gestattet.

Reichshallen Theater

7½ Uhr u. Sonntag Nachmittag 3 Uhr Stettiner Sänger. Am ... Pr. Reichshallen-Saal. Dönhoff-Brettl. Anfang 7½. Sonntags 5 Uhr. Neues Progr.

Detektiv „Fortuna" Auskünfte. Berlin, Friedrichstr. 220 n, — Telephon Lützow 8806. — Ermittlungen, Beobachtungen, Auskünfte allerorts. Ehescheidungen, großer Erfolg.

Brillanten
Juwelen, Perlen, Smaragde und Perlschnüre kauft zu hohen Preisen
M. Spitz, BERLIN Friedrichstrasse 91/92 zwischen Mittel- und Dorotheenstrasse.

BRILLANTEN
Perlen, Smaragde, sowie Schmucksachen in Platin, Gold oder Silber kauft zu höchsten Preisen.
Besondere Gelegenheitskäufe.
W. Agahd, Berlin, Tauentzienstr. 14 Fernspr.: Steinplatz 14989

Ankauf von Juwelen Perlen, Smaragden usw. Margraf & Co. G. m. b. H. Kanonierstr. 9.

Ankauf wertvoller Antiquitäten ALTKUNST G. m. b. H. Wilhelmstr. 40 A. Zentr. 8495.

Detektei Opitz Berlin W. 9, Köthenerstrasse 45 II. (Potsd. Platz). Ermittelungen, Beobachtungen, Ehescheidungsbeweise, Auskünfte jeder Art Kurfürst 701. Internationales Detektiv-Institut.

Detektiv Hauschild Polizeioberwachtmeister a. D. Beobacht., Ermittl. Berlin, Friedrichstr. [illegible] Zntr. [illegible]

Wertvolle neue Veröffentlichungen:
Der Friedensvertrag von Versailles. Amtlicher Text unter Hervorhebung der abgeänderten Teile mit Inhaltsaufbau, Karten und Sachregister. Preis 4,— M.
Warum mußten wir nach Versailles? Von O. Müller. Im Inhalt werden Mitteilungen über unbekannte politische Vorgänge von höchster Wichtigkeit gemacht. Preis 1,60 M.
Die Vorgeschichte des Waffenstillstandes. Amtliche Urkunden aus den Archiven des Auswärtigen Amts und der Reichskanzlei. Amtl. Weißbuch-Ausgabe 10,— M, Volks-Ausgabe 4,— M.
Zu beziehen durch SCHMIDT & CO., Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30/31.

Zeitgemässe Förderanlagen, wie Gleisseil- u. Kettenbahnen, Bremsberge, Schrägaufzüge, Rangieranlagen, Hängebahnen, Gleisanlagen, Drehscheiben und Schiebebühnen sowie Umbau vorhandener Anlagen führt aus Deutsche Industriebau- und Bedarfsgesellschaft G. m. b. H., Berlin NO. 18, Landsberger Allee 115/16. Fernspr.: Amt Königstadt 2422. Aufstellung von Kostenanschlägen sowie Ingenieurbesuch auf Wunsch kostenlos.

Was ist „Technische Nothilfe?"
Eine Einrichtung im Dienste der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer?
= NEIN! =

ALTE GOBELINS zu kaufen gesucht. Off. unter M. V. 9704 an Rudolf Mosse, München.

Pianos neue und gebrauchte auf Teilzahlung. Pianohandlung Adolf Schlesinger. Göbenstr. 10. Lützow 1425

Anilin-Farben Jedes Quantum Anilin-Farben gegen sofortige Kassa zu kaufen gesucht. Eiloffterten erbeten unt. Chiffre O. F. 5379 R. an Orell Füssli-Annoncen Aarau (Schweiz).

KISTENTEILE KISTEN in jeder gewünschten Grösse, Stärke und Bearbeitung (nur ladungsweise) billigst frei jeder Station Hch. Albert Scheidemann Minden i. W.

Versteigerung im Marstall Berlin und Potsdam.
I. Wagen, etwa 60, verschiedener Gattungen: Montag, den 22. September 9 Uhr 30 Berlin, Breitestr. 37. Besichtigung daselbst vom 18. bis 20. September vormittags 9—11.
II. Reit- und Wagenpferde, Reitzeuge, Stallutensilien: Donnerstag, den 25. September, 11 Uhr, Potsdam, Reitstallgebäude Lustgarten, Besichtigung Potsdam im Marstall Neuer Markt 9 vom 22. September ab.
III. Geschirre, auch Galageschirre, Stallutensilien: Sonnabend, den 27. September, 9 Uhr 30 Berlin, Breitestraße 37.
Zutritt zur Versteigerung am 22. September nur gegen Bieterkaution, die mit 500 M pro Person am Sonnabend, den 2. September 1919, vormittags 9—1 Uhr, Obermarstallamt Berlin, Breitestraße 33/34 oder vor Auktionsbeginn von 8—10 am Ort der Versteigerung zu hinterlegen ist.
Zahlung sofort in Banknoten oder Darlehnskassenscheinen; Schecks nur als „Bestätigte Reichsbankschecks".
Nationale der zu verkaufenden Pferde und Versteigerungsbedingungen gegen Einsendung von 1 M vom Obermarstallamt, Berlin C. 2, Breitestraße 33/34. 3118

Sofort lieferbar Drehstrommotore

1 Stück	150 PS	200/380 V.	730 T.	neu, Kupfer
1 „	100 „	„ „	975 „	„ „
2 „	60 „	„ „	14[illegible]5 „	„ „
1 „	50 „	„ „	72[illegible] „	„ „
1 „	35 „	„ „	1465 „	„ „
10 „	1 „	„ „	1420 „	„ „
10 „	0,75 „	„ „	1420 „	„ „
15 „	0,5 „	„ „	1425 „	„ „
20 „	0,5 „	„ „	9[illegible]5 „	„ „
	15 „	220/380 „	1000 „	„ „

ferner Kupferkabel und -Drähte, Stahldrahtseile, Ledertreibriemen.
Courte Elektroindustrie. Berlin W. 15, Kaiserallee 222.

Sächsische Forstakademie Tharandt bei Dresden. Beginn des Winterhalbjahres: 15. Okt. 1919. Einschreibungen bis 6 Wochen nach Beginn. Auskunft erteilt Sekretariat.

Wichtige politische Werke:

Th. v. Bethmann Hollweg
Betrachtungen zum Weltkrieg.
2 Teile. Preis gebunden je 9 Mark.
Das mit Spannung erwartete Buch des früheren Reichskanzlers schildert die politischen Vorgänge zunächst bis zur Kriegserklärung. Das Buch bringt die Grundzüge der Entwicklung, die zum Kriege führten, in eindringlicher Klarheit zur Anschauung.

G. v. Jagow
Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges.
Preis gebunden 8 Mark.
Ein schwerwiegendes Zeugnis gegen Gefahren und Sünden der Geheimdiplomatie, wie sie seitens unserer Gegner seit Jahren beliebt geworden ist und noch betrieben wird. Ein Appell an gesunden Menschenverstand und Gerechtigkeitsgefühl gegenüber den Anschuldigungen Deutschlands als des Weltbrand-Stifters, ein Appell von dringender Notwendigkeit angesichts der unklaren und unwahren Selbstanschuldigungen unsererseits.

Otto Hammann
Erinnerungen. 1. Aus der Zeit des neuen Kurses. 2. Aus der Zeit der Vorgeschichte d. Weltkrieges.
2 Bände. Preis gebunden zusammen 9 Mark.
Ein wichtiges Buchwerk, das Einblick hinter die Kulissen der hohen Politik gewährt. Der Verfasser — der langjährige Chef der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes — ist wie kein anderer vertraut mit allen Vorgängen der äußeren und inneren Politik Deutschlands. Die Erinnerungen sind eine Fundgrube politischer Aufschlüsse mit neuen sachlichen Darlegungen über wenig oder gar nicht aufgeklärte Begebenheiten.

Zu beziehen von der Versandbuchhandlung Schmidt & Co., Berlin SW. 48., Wilhelmstr. 30/31.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Max Rudolf Kaufmann, Berlin. Für den Anzeigenteil und „Geschäftliche Mitteilungen" verantwortlich: Herm. Joachim Schumacher, Berlin. Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 32.